ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wichterich, Christa

Working Paper

Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung: Soziale Reproduktion und Livelihod-Rechte in der neoliberalen Globalisierung. Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?

Wuppertal Papers, No. 141

Provided in Cooperation with:
Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy

Suggested Citation: Wichterich, Christa (2004) : Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung: Soziale Reproduktion und Livelihod-Rechte in der neoliberalen Globalisierung. Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?, Wuppertal Papers, No. 141, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal,
https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-200910131179

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/49133

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen
Institut Arbeit
und Technik

Kulturwissenschaftliches
Institut
Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Christa Wichterich

Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung

Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung

Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?

Wuppertal Papers

Nr. 141 · Februar 2004
ISSN 0949-5266

NRW.

Herausgeber / Publisher:

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Döppersberg 19
42103 Wuppertal

Autorin:

Dr. Christa Wichterich
Christawic@aol.com

„Wuppertal Papers“ sind Diskussionspapiere. Sie sollen Interessenten frühzeitig mit bestimmten Aspekten der Arbeit des Instituts vertraut machen und zu kritischer Diskussion einladen. Das Wuppertal Institut achtet auf ihre wissenschaftliche Qualität, identifiziert sich aber nicht notwendigerweise mit ihrem Inhalt.

Zusammenfassung

Von einer zukunftsfähigen Globalisierung kann nur die Rede sein, wenn die Normorientierung der Geschlechtergerechtigkeit integriert wird in eine umwelt- und sozial gerechte Perspektive. Deshalb verknüpft das vorliegende Papier kritische Diskurse zur neoliberalen Globalisierung mit feministischen Ökonomie- und Ökologieansätzen.

Feministische Globalisierungskritik wird hier entlang zweier Achsen entfaltet, nämlich Frauenarbeit und Sicherung von Überlebensgrundlagen (*Livelihood*). Beide geraten durch Liberalisierungspolitiken, Privatisierung und die fortschreitende Kommerzialisierung aller Ressourcen und Lebensbereiche zunehmend unter Druck. Arme Frauen und andere Ressourcen-, Einkommens- und Machtarme verlieren ihre Nutzungsrechte an den Überlebensressourcen Land, Wasser, Biodiversität und Saatgut und ihre Zugangsrechte zu sozialer Grundversorgung. Gleichzeitig gehört es zur Funktionslogik der neoliberalen Marktökonomie, die vor allem von Frauen geleistete Arbeit zur sozialen Versorgung, gesellschaftlichen Reproduktion und Subsistenz als nicht wertschöpfend abzuwerten, sie trotzdem aber ständig als Zuarbeits- und Sicherheitspolster zu nutzen.

Unter den Bedingungen globalisierter Standortkonkurrenz findet ein Rennen der Kostensenkung und Produktivitätssteigerung statt, das zu einem erheblichen Teil auf dem Rücken von Frauen ausgetragen wird. Der universalisierte Marktzwang von Rentabilität und Effizienz führt in eine Krise der sozialen Versorgung, der Ernährungssicherung und der Überlebenssicherung der Armen.

Das Rechtsregime der Welthandelsorganisation setzt sich über soziale Rechte und Umweltschutz hinweg, während gleichzeitig die Märkte soziale und ökologische Kosten externalisieren und Regierungen soziale und ökologische Aufgaben in die „Eigenverantwortung“ der einzelnen und lokalen Gemeinschaften abschieben.

Es geht darum, *Livelihood*-Rechte von Frauen und anderen sozial Schwachen gegen das Rechtsregime des Freihandels zu schützen und demokratisch Gegenmacht und Gegenmodelle aufzubauen, die Überleben und soziale Reproduktion nachhaltig sichern. Global Governance Regime und staatliche Politiken müssen Ermöglichungsräume öffnen und einen rechtlichen Rahmen setzen, damit auf der lokalen Ebene die Überlebenssicherung und Ressourcenrechte neu ausgehandelt werden können. Nur mit multiplen Strategien und Mehr-Ebenen-Kämpfen können Frauen- und *Livelihood*-Rechte globalisiert werden.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 3

2 Feministische Ansätze der Ökonomie und der sozialen Ökologie 6

Vorläuferdiskurse 6
„Das unsichtbare Herz“ hinter der unsichtbaren Hand – Die Sichtbarmachung von Reproduktionsarbeit 9

3 Globalisierte Standortkonkurrenz und Frauenarbeit 15

Die Auflösung des gemeinwohlorientierten Staates und die Eigenverantwortung 21
Die Entsorgung der Versorgung 23
Neoliberale Werte- und Raumordnung 27
Neoliberaler Konsens: Konsum und Wohlstandswachstumg 29

4 Livelihood und geschlechtsspezifische Ressourcenbewirtschaftung 32

Ökologisch-ökonomischer Paradigmenwechsel der Ernährungssicherung 36
Neuverteilung von Eigentum 40
Lokale Vielfalt gegen globale Einfalt 43

5 Zu Rechten kommen: Multiple Strategien, aktuelle Diskurse, Mehr-Ebenen-Kämpfe 46

Literatur 53

1 Einleitung

Anliegen dieses Papiers ist es, die aus feministischer Perspektive leitenden Fragestellungen zur neoliberalen Globalisierung aufzugreifen und in Bezug auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zuzuspitzen. Die darin geleistete Neuverkettung von Forschungsansätzen zu Globalisierung und die Eröffnung von Denk- und Handlungsperspektiven will die Normorientierung der Geschlechtergerechtigkeit kohärent in die der Umwelt- und sozialen Gerechtigkeit integrieren. Dieser topographische Aufriss von Analyserichtungen und Argumentationsverknüpfungen dient aber auch dem Zweck, feministische Forschungszugänge und Theorieansätze sichtbar und für das Globalisierungsprojekt des Wuppertal-Instituts nutzbar zu machen. Dabei ist jedoch nicht beabsichtigt, feministische Fragestellungen und Erkenntnisinteressen nach dem *Add-on*-Verfahren an Wuppertal-spezifische Themen anzuhängen, sondern deutlich zu machen, dass der Kontext von Gesellschafts-, Natur- und Geschlechterverhältnissen in die Bearbeitung von Umwelt- und Globalisierungsfragen von Anfang an zu integrieren ist.

In den Globalisierungsanalysen und –forschungen aus feministischer und *gender*-Perspektive lassen sich derzeit drei zentrale, miteinander verzahnte Forschungskomplexe zu ökonomischer, politischer und kultureller Globalisierung ausmachen. Globalisierung ist dabei ein dehnbarer Sammelbegriff für multidimensionale Prozesse der Restrukturierung gesellschaftlicher Verhältnisse unter neoliberalen Vorzeichen. Diese Prozesse verlaufen weder gleich noch gleichzeitig, aber weisen transnational strukturelle Angleichungen und Korrelationen auf. Feministische Forschung beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Globalisierung und *Gender* oder Geschlechterverhältnissen. Dabei wird *Gender* als mehrfach wirkkräftige soziale Kategorie verstanden:

- mit einer ideologisch-kulturellen Dimension, die die symbolische und Werteordnung einer Gesellschaft prägt,
- mit der Dimension sozialer Beziehungen, die gesellschaftliche Strukturen und Institutionen bestimmt,
- mit einer physisch-körperlichen Dimension, die die Subjektivität von Männlichkeit und Weiblichkeit ausformt.

Das leitende feministische Erkenntnisinteresse hat als Drehachsen die beiden Fragen

- Wie bestimmt die soziale Kategorie *Gender*, wie bestimmen Geschlechterverhältnisse aktuelle Globalisierungsprozesse?

- Wie restrukturieren die augenblicklichen Globalisierungsprozesse Geschlechterverhältnisse und die soziale Kategorie *Gender*?

In den letzten Jahren fand eine deutliche Akzentverlagerung statt: weg von der anfänglichen Schwerpunktlegung auf ökonomische Prozesse und den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie hin zu Diskursen, kulturellen Erzeugnissen und Identitätsbildungen zwischen Lokalem und Globalem. Diese Fokusverschiebung markiert auch einen methodologischen Paradigmenwechsel weg von strukturalistischem Denken hin zu diskurstheoretischen, dekonstruktivistischen Ansätzen.

Quer liegend zu den oben benannten, stark miteinander verschränkten und interdisziplinär bearbeiteten drei Themenkomplexen identifizieren Marianne Marchand und Anne Sisson Runyan drei Forschungsfelder und -ansätze, mit dem Anspruch, über ein „enges materialistisches Verständnis von globaler Umstrukturierung“ hinauszugehen:

- *Feminist sightings*: feministische Konzepte von Globalisierung und Kritik von Globalisierungsdiskursen
- *Feminist sites*: Analysen globalisierter Orte und Prozesse und ihrer Auswirkungen auf Frauen und Männer
- *Feminist resistances*: Widerstände, Alternativen, Gestaltungspotentiale, Strategien

Forschende Auseinandersetzungen mit ökonomischer und politischer Globalisierung nehmen immer wieder Bezüge zu sozialen Bewegungen auf und entwickeln handlungsorientierte Perspektiven, indem sie Wissen bereitstellen, das konkrete Anknüpfungspunkte für ein transformationsorientiertes und emanzipatives Handeln zur Bearbeitung von Globalisierungsproblemen bietet. Ziele von veränderndem Handeln sind zum einen die Dekonstruktion und Delegitimierung der inhärenten Herrschaftslogik des Neoliberalismus, auf Ungleichheiten aufzubauen und Ungleichheiten zu (re)produzieren, zum anderen die Globalisierung von Menschen- und Frauenrechten. Systematische feministische Herrschaftskritik entlarvt die Verwobenheit des patriarchalen mit dem neoliberalen Grundkonsens und geht an die tragenden Strukturen der neoliberalen Funktionsmechanismen.

Das 2. Kapitel will feministische Globalisierungskritik durch Verweise auf Vorläuferdiskurse in einen historischen Kontext stellen und Herangehensweisen, Fragestellungen und Auseinandersetzungen feministischer Ökonomie und feministischer Umweltforschung mit dem Fokus auf Reproduktionsarbeit beleuchten.

Im 3. Kapitel wird die Funktionslogik des neoliberalen Globalisierung in Bereichen untersucht, wo sie auf der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beruht und Frauen in besonderer Weis betrifft. Dabei werden strukturelle

Veränderungen der Arbeits- und Beschäftigungsmärkte, die Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten aus den Märkten und dem Regierungsportfolio, neue urbane Raumordnungen wie auch hegemoniale Prägungen gesellschaftlichen Bewusstseins aufgegriffen.

Das 4. Kapitel zeichnet nach, wie Liberalisierung und Freihandel die Lebensgrundlagen von armen Frauen und anderer ressourcen-, einkommens- und macht schwacher Gruppen unterminieren und biologische, kulturelle und ökonomische Vielfalt zerstören, wie die industrialisierte Exportproduktion in eine Verunsicherung der Ernährung führt und wie durch Privatisierung und Patentierung eine neue Eigentumsordnung geschaffen wird, die die Lebenssicherung armer Frauen weiter aushöhlt.

Abschließend werden im 5. Kapitel Handlungsansätze und politische Strategien auf verschiedenen Ebenen gesucht, die eine Globalisierung von Frauenrechten wie auch von Livelihood-Rechten möglich machen könnten.

2 Feministische Ansätze der Ökonomie und der sozialen Ökologie

Vorläuferdiskurse

Globalisierungsanalyse und -forschung aus feministischer und *gender*-Perspektive entwickelte sich aus Vorläuferdiskursen in den siebziger und achtziger Jahren. Sie beschäftigten sich mit Prozessen und Politiken, die das derzeitige wirtschaftliche und politische Projekt neoliberaler Globalisierung einläuteten und dabei erneut die Frage aufwarfen, wie oder ob diese Entwicklungen und Politiken „frauengerecht" sind.

Die neue internationale Arbeitsteilung

Die erste Welle der Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsschritte aus Industrienationen in Exportproduktionszonen so genannter Billiglohnländer fand vor allem in der Textil- und Elektronikbranche statt. Bis zu 80 Prozent der Arbeitskräfte waren Frauen, sodass die Weltmarktintegration der Billiglohnländer und ihre Wachstumsgewinne durch Exportproduktion „frauenbasiert" waren (Joekes 1982). Die Freihandelszonen (meist in unmittelbarer Nähe zu Flughäfen) waren deregulierte Investitionsräume, in denen die Fabrikation von Zöllen und Steuern befreit und von nationalen Arbeitsrecht- und Umweltschutzregelungen ausgenommen wurde. Die Verdichtung von Verkehr und sinkende Transportkosten gaben dieser Transnationalisierung von Produktions- und Handelsabläufen einen weiteren Anschub. Die feministische Kritik beschäftigte sich zum einen mit den schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen der billigen weiblichen Arbeitskräfte in diesen Industrien, zum anderen mit sexuellen Übergriffen gegen Frauen als einer inhärenten Gewaltstruktur.

Kritik an der entwicklungspolitischen Programmatik der „Integration der Frau in die Entwicklung"

Die im Gefolge der Weltbank von allen großen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit propagierte Strategie der Frauenförderung zielte primär auf die Integration der vermeintlich „untergenutzten" Arbeitskraft Frau in markt- und geldökonomische Zusammenhänge. Feministinnen kritisierten, dass Frauen als grenzenlos dehn- und flexibilisierbare Ressource unterstellt und als Sisyphosarbeiterinnen der Grundbedürfnisbefriedigung und der „Selbsthilfe" mobilisiert

wurden statt armutserzeugende Strukturen wie z.B. Eigentumsrechte an Land und anderen Überlebensressourcen zu verändern. Ziel dieser Modernisierungsstrategie war eine Produktivitätssteigerung des weiblichen Human- und Sozialkapitals im Modell nachholender Entwicklung und bei der Weltmarktintegration der Volkswirtschaften des Südens. Gegen diese Effizienzorientierung setzten vor allem kritische Entwicklungssoziologinnen und Aktivistinnen aus dem Süden ein *Empowerment*-Konzept, das Frauen in die Lage versetzen wollte, sich Rechte, Ressourcen und Geschlechtergerechtigkeit wie auch selbstbestimmte Überlebenswege zu erkämpfen (DAWN 1985).

Strukturanpassungsprogramme in den Ländern des Südens

Damit die zunehmend überschuldeten Staaten Rückzahlungen leisten konnten, zwangsverordneten ihnen die Weltbank und der Internationale Währungsfond ökonomische Umstrukturierungsprogramme, die die Staatshaushalte u.a. durch Abwertung, Ankurbelung der Exportproduktion, forcierte Ausbeutung lokaler Ressourcen für den Weltmarkt wie auch durch Privatisierung und den Rückbau sozialer Aufgaben stabilisieren sollten. Sowohl in ihrer Erwerbs- als auch in ihrer Reproduktions- und Subsistenzrolle sind Frauen negativ davon betroffen, dass im Zuge der „Sanierung“ staatliche Subventionen gestrichen und der öffentliche Sektor verschlankt wurden. Steigende Lebenshaltungskosten und Realeinkommensverluste versuchten Frauen durch Mehrarbeit wettzumachen. Feministinnen kritisierten, dass der Rückbau öffentlicher Ausgaben und Leistungen sowie die Verlagerung von Arbeit und Aufgaben in die Privatsphäre und lokale Überlebenszusammenhänge vor allem zu Lasten von Frauen ging. Dies erhöhte ihre Arbeitsbelastung mit negativen Auswirkungen auf ihren Gesundheitszustand und die Bildung von Mädchen und verringerte Armut auch dann nicht, wenn auf der makro-ökonomischen Ebene Wachstumsquoten zu verbuchen waren (Commonwealth 1989).

Ökofeministische Diskurse

Sie thematisieren den Zusammenhang von gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Geschlechterverhältnissen. Auf der Grundlage einer Frau-Natur-Analogisierung wird die historische und wissenschaftstheoretische Parallelität der Unterwerfung von Natur und Frauen kritisiert und der patriarchale Charakter des gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Naturbezugs entlarvt. Frauen wird aufgrund einer unterstellten besonderen Natur-Nähe eine zentrale Rolle bei der Entwicklung einer ganzheitlichen Sicht auf das „Netz des Lebens“, die Bewältigung von Umwelt- und Ressourcenkrisen und zur Rettung des Planeten zugeschrieben. Die „weibliche“ Naturverbundenheit und daraus abgeleitet das Subsistenzprinzip werden als Essenz sozialer Reproduktion und als Gegenprinzip zu dem universell gültigen Machbarkeitsanspruch der westlichen Wissenschaften und Technologien definiert, auf denen der Weltmarkt basiert. An diese Debatten

knüpfte unmittelbar eine grundsätzliche Kritik am wachstumsfixierten Modell nachholender Entwicklung an (Mies/Shiva 1995). Neben der Subsistenzorientierung wurde für den reichen Norden Konsumverzicht bzw. Konsumbefreiung zur Leitorientierung erhoben.

Feministische Kritik von Bevölkerungspolitik

Bevölkerungskontrollpolitik ist eine globalistische Regulations- und Steuerungspolitik mit dem Ziel, eine globale Fortpflanzungsordnung aufzubauen. Sie basiert auf der Unterstellung, dass die wachsende Bevölkerung des Südens die Tragfähigkeit des Planeten übersteige und durch den Verbrauch von Ressourcen und Umweltraum wie auch durch Verelendungs- und Migrationseffekte eine Bedrohung für den Norden darstelle. Von Ökologen wurde die Fruchtbarkeit der Frauen in simplem Neomalthusianismus als Ursache für Ressourcenverknappung, Umweltzerstörung und „Unterentwicklung“ ausgemacht. Feministinnen setzten gegen diese Position eine kulturdifferenzierende Kritik, die eine starke Orientierung auf individuelle "reproduktive Rechte" und Selbstbestimmung über Sexualität nahm.

Sextourismus, Katalogehen und Frauenhandel

Feministinnen attackierten sowohl Ferntouristen, die armutsbedingte Prostitution und das Nord-Süd-Gefälle nutzen und damit die Kommerzialisierung von Frauen und weiblicher Sexualität vorantreiben, aber auch Regierungen, die preiswerte sexuelle Dienstleistungen als touristische Attraktion in ihre Entwicklungsstrategien einkalkulieren. Gleichzeitig verstärkte und erweiterte sich der transnationale, zunehmend mafiös organisierte Handel von Frauen in die Prostitution, in Ehen und ungeschützte, oft illegale Beschäftigungsverhältnisse.

In diesen miteinander verwobenen Diskursen zeichneten sich in den neunziger Jahren mehrfache Paradigmenwechsel und Akzentverschiebungen ab:

- Eine Wahrnehmungsverschiebung von Frauen als Opfern zu Frauen als Akteurinnen,
- Ein Wechsel von einem Grundbedürfnisansatz, der in den achtziger Jahren dominierte, zu einem Grundrechteansatz, der auf einer feministischen Redefinition von Menschenrechten und Frauen als Rechtssubjekte (statt als Bedürftige und Bittstellende) fokussiert (Schuler 1995),
- Ein Abrücken von der Unterstellung einer homogenen geschlechtsspezifischen Identität, Interessenlage und „Schwesternschaft“ und eine differenzierende sozio-kulturelle und sozio-ökonomische Analyse von Unterschieden zwischen Frauen.

„Das unsichtbare Herz“[1] hinter der unsichtbaren Hand – Die Sichtbarmachung von Reproduktionsarbeit

In den genannten Forschungsfeldern und globalisierungskritischen Grundlagendiskursen kristallisierte sich zwischen den siebziger und neunziger Jahren als Kernbereich des Forschungsinteresses der Zusammenhang zwischen makroökonomischen Strukturen und Politiken und den Arbeits- und (Über-) Lebensbedingungen (*livelihood*) von Frauen heraus. Bis heute ist der Zusammenhang zwischen Makro- und Mikro-Ökonomie ein Schwerpunkt feministischer Globalisierungsforschung.

Grundlagen dieser Analysen sind ein feministisches Ökonomieverständnis und theoretische Ansätze zu einer feministischen Ökonomie. Sie gehen vom Gesamt von Arbeit und Wirtschaften aus und stellen die Verflechtung von Produktion und Reproduktion, von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Erwerbs- und Eigenarbeit, von formaler, informeller und Selbstbeschäftigung, von Markt- und Sorgeökonomie ins Erkenntniszentrum (zur Übersicht: Hoppe 2002; Schneider 2000). Dies mündet in eine soziale, ökologische und kulturelle Kontextualisierung von Ökonomie im Unterschied zu ökonomischen und ökologischen Konzepten und Modellen, die Wirtschaftsprozesse wie auch Natur- und Umweltbezüge aus konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen herauslösen und isoliert betrachten.

Während die neoklassische Ökonomie allein den privatwirtschaftlich organisierten Markt als Sphäre der Wertschöpfung begreift, konstruieren feministische Ökonominnen Austausch- und Kreislaufmodelle mit verschiedenen ökonomischen Wertschöpfungsquellen und -bereichen. Palmer bleibt mit einem neoinstitutionellen Ansatz innerhalb der Marktmechanismen, wenn sie die Reproduktionsarbeit in den Markt integrieren und monetarisieren will, um auf diese Weise geschlechtsspezifische Verzerrungen auf dem Markt zu beseitigen (1994). Andere Ökonominnen kritisieren grundsätzlich die Logik, Normen und Machtverhältnisse der Institution Markt in Anknüpfung an Hazel Henderson’s „Three Layer Cake with Icing“, wo die monetarisierte Marktökonomie lediglich der Zuckerguss auf den Kuchenschichten des öffentlichen Sektors, der kooperativen Haus-, Subsistenz- und Reproduktionswirtschaft und dem Fundament der Natur darstellt. Pietilä (1998) entwirft ein Wertschöpfungsdreieck von unbezahlter Haushaltsökonomie, (ökologischer) Naturnutzung und monetarisiertem und industrialisiertem Markt. Im Modell von Elson sind zwischen dem auf formeller und informeller Arbeit basierenden privatwirtschaftlichen Sektor und der unbezahlten Sorgeökonomie der öffentliche Sektor und der teils bezahlte, teils unbezahlte NRO-Sektor eingefügt (UNIFEM 2000:26). Cameron und Gibson-Graham geht es um die Überwindung „kapitalozentrischer“ und binärer Konzepte und die Wahrnehmung der Vielfältigkeit und Verwobenheit ökonomischer Praktiken gerade

[1] Vgl. Nancy Folbre (2001): The Invisible Heart: Economics and Family Values

von Frauen: markt- und lohnförmig, selbstbeschäftigt oder in Kooperativen, auf direktem Tausch oder eigenen Währungen, auf Freiwilligkeit und dem Prinzip des Geschenks beruhend (2003).

Während die ersten Studien zu Strukturanpassungsprogrammen in den Ländern des Südens primär Wirkungsanalysen waren und die negativen Auswirkungen der Umstrukturierungen auf Frauen skandalisierten, machten die Forschungen zunehmend deutlich, dass Globalisierungsprozesse von Anfang an und strukturell geschlechtlich kodierte Prozesse sind. Sie haben nicht nur geschlechtsspezifisch unterschiedliche Auswirkungen, sondern basieren auf Geschlechterungleichheiten und asymmetrischen Geschlechterverhältnissen und realisieren sich vermittelt über sie. Dabei enttraditionalisieren sie die praktizierten Formen von Weiblichkeit und Männlichkeit und konstruieren Geschlechterbeziehungen und -rollen auch neu.

Diane Elson (1991) schlussfolgerte, dass ein wichtiger „männlicher bias“ in der makro-ökonomischen Theoriebildung und in Politiken besteht, nämlich die systematische Ausblendung der überwiegend von Frauen unbezahlt geleisteten Reproduktionsarbeit. Dieses „strategische Schweigen“ (Bakker 1994) führt dazu, dass die jenseits der Märkte verrichtete soziale und ökologische Sorgearbeit aus dem Ökonomischen abgespalten und damit ökonomisch unsichtbar gemacht und entwertet wird (Folbre 1994) und wertvolle Arbeit, ökonomische Ressourcen und Ziele lediglich monetär definiert werden. Gleichzeitig ist jedoch die ausgeblendete Haushalts- und Reproduktionsökonomie in makro-ökonomischen Modellen und den Strukturanpassungspolitiken permanent als unsichtbares Versorgungs- und Auffangnetz vorausgesetzt, das dem Markt unbezahlt zuarbeitet und ihn kontinuierlich als Reproduktions- und Sicherheitspolster subventioniert und die von ihm produzierten Risiken und Unsicherheiten kompensiert.

Die Externalisierung von gesellschaftlicher Reproduktionsarbeit aus der Ökonomie ist ein Teil der Funktionslogik der Marktökonomie und signalisiert die fortdauernde Entbettung der Wirtschaft aus dem Sozialen, wie sie Polanyi für Marktökonomien (1978) analysiert hat. Die Abspaltung der Reproduktionsökonomie resultiert daraus, dass marktförmiges und versorgendes Wirtschaften nach völlig unterschiedlichen Prinzipien funktionieren, ja, dass die Gewinn-, Wachstums- und Konkurrenzlogik des Markts völlig quer zu der auf Kooperation und Wechselseitigkeit, auf Teilen und Verteilen basierenden Logik von Versorgungsökonomien steht, in denen Kinder großgezogen, Alte und Kranke gepflegt, öffentliche Einrichtungen ehrenamtlich betrieben, Umweltschäden vermieden oder beseitigt werden, soziale Not gelindert und Vorsorge getroffen wird (Biesecker u.a. 1997). Gleichwohl sind auch nicht-marktförmige Subsistenz- und Reproduktionsökonomien keineswegs herrschaftsfreie harmonisierte Sphären, sondern durch Macht- und Rechtsasymmetrien z.B. in der Verfügung über Ressourcen, durch Widersprüche und Konflikte gekennzeichnet.

Die globale Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftsparadigmas führt dazu, dass – wie weiter unten ausgeführt wird – marktökonomische Denkmuster und Handlungsrationalitäten auch soziale Zusammenhänge und die Ökologie zunehmend durchdringen und unter dem Freihandelsvorbehalt Umwelt und Natur, gesellschaftliche Beziehungen und Kultur ökonomisiert werden.

Indem feministische Ökonomieansätze das Gesamt des Arbeitens und Wirtschaftens als wertschaffende Ökonomie definieren und die Reintegration sozialer Reproduktion in das ökonomische Wertsystem fordern, bestimmen sie soziale Reproduktion zu einem wesentlichen ökonomischen Kriterium und integralen Bestandteil nachhaltigen Wirtschaftens sowie gesellschaftlicher Wohlfahrts- und Wohlstandsproduktion. Das geht mit einer Aufwertung des Haushalts, dessen ökonomischen Wert die neoklassische Ökonomie lediglich in seinem Konsum-Potential sieht, des Subsistenzfeldes, des Küchengartens sowie des Ehrenamts als wertschaffenden ökonomischen Räumen einher. Intakte soziale Reproduktion ist nicht weniger ein erstrebenswertes, existenzsicherndes Gemeinschaftsgut als eine intakte Umwelt.

Reproduktions- und Sorgearbeiten haben eine bedeutende Scharnierfunktion an den Schnittstellen zwischen Sozialem, Ökologie und Ökonomie und ein großes Potential für Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Sozial-ökologische Forscherinnen akzentuierten das Bedingungsdreieck von Naturhaushalt – Globalhaushalt – Haushalt von Frauen (Schultz 1993). Frauen als die zentralen Reproduktionsarbeiterinnen sind das letzte, aber zentrale Glied der Versorgungskette zwischen Globalhaushalt und Privathaushalt, zwischen globalen Stoff- und Abfallströmen und privatem Konsum. Gleichzeitig mit der Externalisierung der unbezahlten Sorgearbeiten aus der Ökonomie finden politische Anrufungen zur Mobilisierung von sozialer und ökologischer Eigenverantwortung statt: in der Entwicklungspolitik mit Bezug auf das Selbsthilfepotential von Frauen, in der lokalen oder nationalen Umweltpolitik zwecks Ressourcenschonung und Umweltschutz.

Die Delegation von Überlebensverantwortung vom Staat an die Privathaushalte oder lokalen Gemeinschaften und Kommunen führt schließlich zu einer Feminisierung von Verantwortung. Die neoliberale Globalisierung und die Umweltkrise verstärken den Verantwortungsdruck auf die Versorgungsleisterinnen am Ende der Kette in den Privat- oder kommunalen Sphären, die für Gesundheit, Bereitstellung oder Wahrung einer intakten unmittelbaren Umwelt und die Versorgung mit Nahrung zuständig sind. Nachdem in Finanz- und Wirtschaftskrisen und in Umwelt- und Ressourcenkrisen ein „downloading risks to the kitchen“ (Elson 2002) stattfindet, sind die Privathaushalte gefordert, Risiken zu vermeiden oder aufzufangen und als letzte Instanzen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in die Bresche zu springen, wo öffentliche Systeme und die Märkte strukturell versagen. Die Verschiebung des Krisenmanagements hin zur Natur und zu Frauen(-körpern) zeigte sich auch in den Auswirkungen der

ökonomischen, über die Finanzmärkte vermittelten Krisen der vergangenen Jahre. In Indonesien nahmen der illegale Holzeinschlag und Brandrodungen in enormen Maße zu, in ganz Südostasien zwang der Verarmungsdruck immer mehr Frauen in die Prostitution und zur Sexmigration, in Russland wurde der Frauenhandel zu einer Boombranche.

Die Feminisierung sozialer und ökologischer Verantwortung führt aus frauenpolitischer Sicht zu einem Zielkonflikt in sozial-ökologischen und entwicklungspolitischen Konzepten: infolge der vielfach diagnostizierten, bereits bestehenden Doppelbelastung und Zeitnot von Frauen müssten sie von unbezahlter Arbeit entlastet werden, tatsächlich aber wird ihnen mehr ökologische und Selbsthilfe-Verantwortung zugewiesen (Schultz/Weller 1995; Braunmühl 1989). Ein klassisches Beispiel dafür sind die feminisierten *end-of-pipe*-Strategien, die in der Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor durchgeführt wurden: als Managementanleitung von verschmutztem und z.B. durch Agrargifte verpestetem Wasser und zur Vermeidung von Erkrankungen werden den Frauen Hygiene-Schulungen angeboten. So wurde von entwicklungspolitischen Organisationen gegen die Frauen in der Region des Aralsees der Vorwurf erhoben, sie hätten durch geringe Sorge für ausgewogene Ernährung und Hygiene schuld an der Anämie, den Durchfallerkrankungen und der Hepatitis, die in der Region drei bis vier mal häufiger auftreten als in anderen Gegenden Usbekistans. Tatsächlich ist die Umweltkatastrophe des Aralsees ohne Zweifel durch den jahrzehntelangen Intensivanbau von Baumwolle ausgelöst. Die Wasserfläche des Sees ist bereits um die Hälfte geschrumpft, das Wasser des gesamten Gebiets ist versalzen und durch Agrargifte ungenießbar (WECF 1999).

Während Ökofeministinnen Frauen als die geborenen Heilerinnen der geschundenen Umwelt feiern, kritisieren Umweltforscherinnen die Erweiterung der Haushälterinnenrolle auf den Globalhaushalt und die Zwangszuschreibung von sozialer und ökologischer Mütterlichkeit. Der weitergehende Konflikt ist, wie sich die ökologischen und sozialen Zumutungen in ökofeministischen und kommunitaristischen Konzepten, in denen ein gerüttelt Maß an Konservatismus oder auch Traditionsromantik mitschwingt, mit dem Empowerment, den emanzipativen und auf Autonomie gerichteten Interessen von Frauen verbinden lassen (Jackson 1993). In der gesellschaftlichen Wertschätzung geht diese Zuweisung von Verantwortung auch keineswegs mit einer Aufwertung von Reproduktionsarbeit einher. Bei der Ressourcenschonung werden die von Männern dominierten technischen Effizienzpotentiale hoch bewertet, verhaltensbedingte Einsparungen im Alltag, die oft Mehrarbeit für Frauen bedeuten und innerhalb der Reproduktionsökonomien stattfinden, im Vergleich gering geschätzt (Röhr 2001). Im Alltag hat die ökologische Zumutung nicht selten zur Folge, dass Frauen im Norden gerade auch mit einem emanzipativen Gestus „Ökostress“ und Konsumreduktion ablehnen, weil sie Mehrarbeit und zudem spezialisiertes Wissen und Mehrkosten erfordern (Dörr 1993; Schultz 1993).

Empirische Untersuchungen in Deutschland bescheinigen Frauen ein höheres Umweltbewusstsein und stärker umweltorientiertes Verhalten als Männer, Männern ein größeres Umweltfaktenwissen (Preisendörfer 2001). Diesen Befund schlüsseln neuere Forschungen jedoch weiter auf und betonen die Abhängigkeit von den jeweiligen lebens- und arbeitsweltlichen Kontext: Männer, die stärker in die Haushalts-, Garten- und familiale Sorgearbeiten einbezogen sind, entwickeln ein ähnlich umweltfreundliches Verhalten wie Frauen und eine größere Umwelt- und Gesundheitsverantwortlichkeit als andere Männer (Empacher/Hayn 2001). Dies verweist erneut auf die Schlüsselrolle der Reproduktionsarbeit und verweist die soziale Kategorie Geschlecht auf einen zweiten Rang.

Sozial-ökologische Forscherinnen kritisieren den technisch-reduktionistischen Ansatz der *mainstream*-männlichen Umweltforschung, der soziale, kulturelle und lebensweltliche Kontexte ausblendet, Wirkungszusammenhänge nur naturwissenschaftlich fasst und Stoff-, Schadstoff- und Abfallströme technokratisch ökobilanziert und über entsprechende Grenzwerte regulieren will (Schultz 1994, Winterfeld u.a.2001). Deswegen trifft sich das Erkenntnisinteresse feministischer Umweltforschung im Anspruch der Kontextualisierung und in der Sichtbarmachung unbezahlter Sorge- und Reproduktionsarbeit mit dem der feministischen Ökonomie.

Feministische Umweltforschung kann mit Problemen der geschlechtsspezifischen Betroffenheit von Umweltrisiken und -schäden und der Frage der Geschlechtergerechtigkeit an die in Umweltbewegungen des Südens entwickelten Konzepte von Umweltgerechtigkeit anknüpfen. Sie arbeiteten heraus, dass Umweltrisiken und Umweltschäden ebenso wenig gleich verteilt sind zwischen sozialen Klassen und Geschlechtern wie die Zugänge zu Ressourcen und Umweltraum demokratisch und gerecht geregelt sind. In Südafrika wurde während der Apartheid-Zeit der Begriff des „Umweltrassismus“ geprägt, um zu akzentuieren, dass die schwarze Mehrheitsbevölkerung in viel stärkerem Maße ländlicher und städtischer Umweltdegradierung ausgesetzt war und dies ein entscheidender armutsperpetuierender Faktor war.

Eingreifende Bedeutung für die Reproduktionsarbeit von Frauen hat, dass die Kommerzialisierung der Natur beim Kern des Lebens angelangt ist: beim Gen und den embryonalen Stammzellen. Im Klon findet die Herrschaftslogik in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen ihren industrialisierten Höhepunkt. Der technische Machbarkeitswahn, scheinbar erhaben über alle Grenzwerte und ethischen Werte, gipfelt im Schöpfungsmythos, die Effizienzrevolution im Qualitätsmenschen. Das Klon kann als gestaltungsmächtiges Symbol dafür gelten, dass die neoliberale Globalisierung den Ausgangspunkt des Nachhaltigkeitsdenkens, nämlich die Grenzen des Wachstums zu akzeptieren, der Markt- und Effizienzlogik opfert. Mensch und Natur sind unter neoliberalem Regime endgültig im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit angekommen. Die

Fähigkeit des weiblichen Körpers, Leben zu produzieren, erscheint zunehmend als überflüssig. Dies wird einschneidende Folgen für die Identität von Frauen, die gesellschaftlichen Bilder der Mutter und die Einschätzung von Reproduktionsarbeit haben.

Feministische Forschung zu Verhältnissen von Ökonomie und Ökologie in der neoliberalen Globalisierung nimmt daher folgende Fragestellungen immer wieder auf:

Wie ankern die Umstrukturierungen von Volkswirtschaften, Liberalisierung von Märkten und Welthandelsabkommen in der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung? Wie nutzen sie unterschiedliche Formen des Wirtschaftens und Haushaltens und die ungleichen wirtschaftlichen Chancen und Ressourcenzugänge von Männern und Frauen? Wie formen sie neue Vergesellschaftungsmodi und post-fordistische Arbeits- und Geschlechterverhältnisse? Wie verteilen sie Eigentum und Einkommen, Ressourcen, Risiken und Chancen neu? Welche Handlungsspielräume zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit haben Frauen im Schatten der neoliberalen Globalisierung und der globalen Umweltkrise? Welche Handlungsperspektiven, welche Widerstände und Alternativen können aus einer feministischen Sicht entworfen werden?

3 Globalisierte Standortkonkurrenz und Frauenarbeit

When I worked in the factory, I looked only at our problems,
When we had exchange with other factories, we learnt to struggle,
When we met women workers' movements from other countries,
our mind was opened to find solutions

Sripai, mit 30 Jahren entlassene Textilarbeiterin, Bangkok, 2003

Die weltweite intensivierte Standortkonkurrenz entsprechend der Freihandelsdoktrin und dem Ricardoschen Prinzip des komparativen Vorteils ist zum Leitprinzip der jüngsten Periode der neoliberalen Globalisierung geworden. Sie hat in der OECD-Welt die Phase der auf national-staatlicher Grundlage organisierten fordistischen Modelle und keynesianischer Wohlfahrtsstaatlichkeit abgelöst, in den Ländern des Südens die Phase des post-kolonialen Entwicklungsstaates beendet und in den Ländern des Ostens den Übergang von staats- zu marktwirtschaftlichen Ökonomien besiegelt.

Im folgenden wird versucht, der Funktionslogik des Systems entlang paradigmatischer Strukturveränderungen unter Globalisierungsdruck auf die Spur zu kommen und abschließend einige Hinweise auf die Notwendigkeit und Erfolgsmöglichkeit politischer Interventionen und praktischer Widerstände und Alternativen aufzuzeigen.

Die Standortkonkurrenz ist zur Zeit vor allem ein Wettrennen der Kostensenkung, da Produktivitätssteigerungen nach dem jüngsten mikro-elektronischen und kommunikationstechnologischen Innovationsschüben derzeit nur bedingt möglich sind. Der globalisierte Unterbietungswettbewerb, *race to the bottom* besteht darin, zum einen den Ausbeutungs- und Preisdruck auf natürliche Ressourcen zu erhöhen, wobei die Ökoeffizienz entweder zu kurz kommt oder durch Wachstumseffekte gleich wieder aufgefressen wird, zum anderen die Preise für die menschliche Arbeitskraft zu drücken, und zum dritten zu versuchen, die Schäden, Verbrauchs- und Verschleißkosten an der Natur und Umwelt, an den Arbeitskräften und ihren sozialen Zusammenhängen zu externalisieren. Der Markt wie auch die Staaten werden zusätzlich von Kosten entlastet, indem bezahlte Arbeiten in den unbezahlten Arbeitsbereich verschoben werden und von privaten Haushalten, lokalen Gemeinschaften und Kommunen und dort überwiegend von Frauen übernommen werden. Die Marktlogik in ihrer post-fordistischen

neoliberalen Ausformung führt zu einer Auslagerung sozialer Ziele wie auch gesellschaftlicher und natürlicher Reproduktion als nicht monetäre Größen aus der Ökonomie heraus bzw. eine Entkopplung von sozialen und ökonomischen Zielen. Durch die Abschiebung sozialer und ökologischer Kosten ist die Preisbildung auf den Märkten sozial und ökologisch weder gerecht noch kostenwahr.

Die Umstrukturierung von Beschäftigung und Erwerbsarbeitsmärkten, die derzeitige Neuverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, aber auch die Qualitätssicherung und Neubewertung von Leistungen sind strategische Elemente zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung von Arbeit. Die zunehmende Integration von Frauen in die Erwerbs- und Geldmärkte – seit den siebziger Jahren steigen die Beschäftigungsquoten von Frauen schneller als die von Männern – hatte die Weltbank stets mit der Maßgabe wirtschaftlicher Effizienz gefördert: das Human- und Sozialkapital Frau läge brach oder müsse für Entwicklungs- und Wachstumsstrategien besser genutzt werden (The World Bank 1979). Nicht mit einem Rechtsanspruch von Frauen auf Einkommenserwerb und Gleichheit auf den Erwerbsmärkten wird argumentiert, sondern „Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist ein Hindernis für Wirtschaftswachstum“ (The World Bank 1995). Das Effizienzkriterium wird noch einmal verstärkt durch das in vielen Ländern angestiegene Qualifikationsniveau von Frauen (The World Bank 2001). Auch der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestags zur Globalisierung der Weltwirtschaft rückt die Wachstumseffekte von Frauenbeschäftigung in den Vordergrund (2002:253 ff.).

Die andauernde Feminisierung der Beschäftigung beruht auf einer Konvergenz von Integrationsstrategien der Privatwirtschaft und entwicklungssteuernder Institutionen, die weibliche Arbeitskräfte funktional und punktgenau in den Markt einbeziehen, mit Handlungsstrategien von Frauen, die aus eigener Motivation oder Not ein Geldeinkommen erwirtschaften wollen:

- Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den Ländern des Südens und Ostens führt zu einer erhöhten Mobilität von Unternehmen, die bei steigenden Löhnen oder wachsender gewerkschaftlicher Organisierung die Produktion umgehend in billigere Länder oder Regionen verlagern oder Aufträge an billigere einheimische Fabrikanten vergeben. Die niedrigen Herstellungskosten z.B. in China basieren auf immer neuem Lohn- und Umweltdumping.

  Neben der wachsenden und immer flexibleren Transnationalisierung von Produktionsprozessen in der Industrie und Landwirtschaft, werden zunehmend auch arbeitsintensive, computer- oder telefongestützte Dienstleistungen in so genannte Billiglohnländer verlagert und erneut auf Basis von Lohndiskriminierung vor allem Frauen übertragen. Diese transnationalen Fabrikations- und Dienstleistungsketten und Handelsströme funktionieren auf der Grundlage beschleunigter Kommunikations- und Transportstrukturen.

Die rasante Verlagerungsstrategie der Unternehmen hat in einer Reihe von Ländern wie Hongkong, Thailand und Indonesien wie ein wachstumsökonomischer Durchlauferhitzer gewirkt und nach der raschen Industrialisierung eine ebenso schnelle Deindustrialisierung zur Folge gehabt. Es wurden weder nachhaltige Wirtschaftsstrukturen aufgebaut noch nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Die Beschäftigung von Frauen basierte vielmehr auf einem extrem hohen Verschleiß an Arbeitskräften, die bereits nach wenigen Jahren aufgrund beeinträchtigter Sehkraft durch die Chipherstellung in der Elektronikindustrie oder gesundheitlicher Schädigung durch die Verarbeitung hochgradig chemiebelasteter Textilien die geforderte Akkordarbeit mit stoßweise extremer Überstundenbelastung nicht mehr leisten können. Mit 25 bis 30 Jahren werden die Frauen entlassen und haben keine neuen Einstellungschancen. Das Verschleiß- und Wegwerfprinzip des raschen ökonomischen Durchlaufs und des schnellen Gewinns trifft auf natürliche und menschliche Ressourcen gleichermaßen zu. Eine Metapher für den individualisierten Umgang mit diesem gesellschaftlichen Problem ist die augenblickliche Hochkonjunktur von Schönheitschirurgie in ostasiatischen Ländern: durch den verjüngenden Eingriff an ihrem Körper hoffen erwerbslose Frauen über 30 ihre Beschäftigungschancen verbessern zu können.

- Die Flexibilisierung und Informalisierung von Arbeit gehen Hand in Hand mit der Deregulierung der Märkte und der Feminisierung der Beschäftigung. Vollzeitarbeitsplätze werden abgebaut, Arbeitsschritte ausgelagert, Beschäftigung bis zur Selbstbeschäftigung der Arbeitskräfte flexibilisiert. Dank der beschleunigten Kommunikations- und Transportwege werden die transnationalen Wertschöpfungsketten immer verzweigter, feingliedriger und länger, von den Metropolen des globalen Nordens bis in die Slums und Hütten des globalen Südens. Überall entlang der arbeitsintensiven Wertschöpfungsketten sitzen Frauen an einer nach unten gehenden Stufenleiter von Löhnen, Rechten und Sicherheiten. Am unteren Ende dieser Stufenleiter entstehen in wachsender Zahl quasi rechtsfreie Räume in Klitschen, Kellern und Küchen, eine Hinterhof-, Straßenrand- und *Sweatshop*-Ökonomie jenseits von Tarifen und Mindestlöhnen, von Sozialversicherung, Umweltschutz und Gewerkschaften.

  Diese Arbeitsformen beliefern die globalisierten Märkte durch Spezialisierung, Unter-, Zeit- und Saisonaufträge punktgenau und *just-in-time.* Der Fusion und Konzentration auf der Kapitalseite steht eine Dezentralisierung, Fragmentierung und Vereinzelung auf der Arbeits- und Wertschöpfungsseite gegenüber. Konzerne strukturieren Wirtschaftsräume durch transnationale Beschaffungs- und Fabrikationsimperien, durch verzweigte Stoffströme und Transportwege. Die Entstehung neuer transnationaler deregulierter Wirtschaftsterrains personifiziert am deutlichsten die Heimarbeiterin, die vereinzelt im dörflichen Privathaushalt, unentgeltlich unterstützt durch ihre Kinder, die billige Massenware für den Weltmarkt herstellt. Die dezentralisierte Auftrags-

produktion ist prototypisch dafür, wie sich ökonomische Macht und Gewinne einerseits und Sicherheitsrisiken in Bezug auf Aufträge und Beschäftigung, Gesundheit und Umwelt andererseits entlang des immer länger werdenden Wertschöpfungsfließbands auseinander entwickeln.

Die Informalisierung von Arbeit ist unauflösbar verschränkt mit der Feminisierung der Beschäftigung: die Beschäftigungsgewinne von Frauen bestehen vor allem in Teilzeit- und Gelegenheitsjobs, in Heim- und scheinselbständiger Arbeit, in prekärer Beschäftigung und der Ich-AG. In den meisten Staaten des Südens ist informelle Arbeit seit langem das Haupterwerbsterrain von Frauen, weil sie weniger formale Beschäftigung als Männer fanden. Frauen sind aber auch die Pionierinnen von Teilzeitarbeit und Minijobs in den Ländern des Nordens, weil diese dem Interesse von Müttern an der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit entgegenkommen. Derzeit stellen die flexiblen und informellen Tätigkeiten ein frauendominiertes Terrain in der transnationalen „Flexi-Ökonomie“ (Bordieu) dar. Männer werden jedoch den Frauen zwangsläufig in die post-fordistische Erwerbsarbeitswelt folgen (Altvater/Mahnkopf 2002:84ff; iz3w:2003) .

- Arbeitsmigration ist ein Strukturmerkmal der Globalisierung. Das Zusammenwirken von schnelleren, dichteren und billigeren Verkehrs- und Transportmöglichkeiten sowie intensivierten und preiswerteren Informations- und Kommunikationstechnologien mit dem Druck der Liberalisierung und der Krisen der neunziger Jahren gab regionaler und globaler Mobilität und Migration neue Dimensionen und Dynamiken. Seit 1965 verdoppelte sich nicht nur die Zahl der Migrierenden, die länger als ein Jahr im Ausland bleiben, auf 150 Millionen Menschen (IMO 2000). Neu sind auch die Mobilitätsmuster: Weniger Menschen wandern auf Dauer in ein wirtschaftlich besser gestelltes Land, die vorherrschende Form ist nun Migration auf Zeit. Neu ist auch der fast auf die Hälfte angewachsene Frauenanteil. Aus Sri Lanka, El Salvador, Indonesien, Thailand und zeitweise Philippinen migrieren mehr Frauen als Männer (Lin/Oishi 1996).

  Der Export von Arbeitskräften ist in vielen Ländern vor allem in Krisensituationen ein probates Mittel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik: Er entlastet den Arbeitsmarkt im eigenen Land und sorgt für eine wichtige Devisenquelle: die Rücküberweisungen aus der Diaspora. In El Salvador sind diese Geldtransfers höher als die ausländischen Direktinvestitionen oder die Entwicklungshilfemittel. Die MigrantInnen tragen nicht nur erheblich zur Ernährung ihrer Familien zu Hause bei, sondern stellen für die Volkswirtschaften ihrer Heimatländer eine bedeutende ökonomische Ressource dar.

  Für die Erwerbsmärkte der OECD-Länder bedeutet der MigrantInnenzustrom ein Unterschichtungspotential, mit dem die Beschäftigungspyramide immer neu von unten aufgefüllt wird. Die Mehrzahl der Migrierenden finden nur in niedrigentlohnten, informellen Tätigkeitsfeldern einen Job. Die Mobilität der

Armuts-, Kriegs- und Umweltflüchtlinge strukturiert Wirtschaftsräume ebenso um wie die Mobilität der Konzerne. Die Migrationsströme sind ebenso Demarkationslinien von Globalisierungsprozessen wie die Stoff- und Warenströme.

- So viele mittelständische, gut qualifizierte Frauen wie nie zuvor sind auf einem konsumsichernden Lohnniveau vor allem in Dienstleistungsbranchen und im öffentlichen Dienst beschäftigt. Gleichzeitig übergeben sie einen Teil der Sorge-, Haus- und Familienarbeiten an gering bezahlte Frauen, häufig nicht-dokumentierte Migrantinnen. Dies führt zu einer Integration von Reproduktionsarbeiten in den Erwerbsmarkt, sodass neue transnationale Dienstleistungsketten (*global care chains*, Parrenas 2001) entstehen. Damit vermittelt sich die soziale Reproduktion einzelner Gesellschaften zunehmend über einen globalisierten Markt.

Diese Tendenzen zeigen die Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ und das Ende des fordistischen Gesellschaftsmodells an. Es beinhaltete, dass der vollzeitbeschäftigte männliche Industriearbeiter durch Produktivitätssteigerung Konsumgüter en masse erzeugt, wofür er einen Lohn erhält, der ihm selbst die Kaufkraft gibt, an dem Massenkonsum der Wohlstandsgüter mit seiner Familie teilzunehmen. Der ungeschriebene Geschlechtervertrag, der diesem Gesellschaftsvertrag zugrundelag, besagte, dass die Ehefrau als Gegenleistung für die Versorgung durch den Ernährermann unbezahlt Familienarbeit leistete, und nicht oder nur zur Erhöhung des Konsums „zuverdiente“ (Young 1998). Dieses Brotverdienermodell meinte die per Tarifvertrag geregelte und durch Sozialversicherung abgefederte männliche Lohnarbeit, schloss aber die weibliche, kostenlos verfügbare Sorgearbeit im Privaten als quasi natürliche Ressource mit ein. Die Hausfrau hatte nur abgeleitete Versorgungsansprüche an den Staat, nicht als selbständiges wirtschaftliches Subjekt, sondern als Abhängige des Mannes.

Trotz des graduellen Kollapses des fordistischen Familienmodells wirkt der Mythos der Ernährermännlichkeit weiter. Er dient der Begründung der Lohndiskriminierung von Frauen als „Zu“-verdienerin, obwohl Frauen angesichts struktureller Arbeitslosigkeit von Männern und besonders in Krisensituation längst eine wichtige Ernährerrolle übernommen haben. Gleichzeitig wächst die Zahl der Alleinerziehenden und -ernährenden. Das männliche Brotverdienermodell ist höchst funktional für Lohnsenkungsstrategien auf den zunehmend feminisierten Arbeitsmärkten.

Wie können Arbeits- und Umweltrechte, wie können die sozialen und ökologischen Kosten in diese Wirtschaftsprozesse integriert werden? Seit Mitte der neunziger Jahre wurde von gewerkschaftlicher Seite, von menschenrechts- und Verbraucherorganisationen versucht, soziale und ökologische Mindeststandards im Welthandelsregime festzuschreiben. Dies stieß auf heftige

Ablehnung nicht nur von Seiten der Privatwirtschaft, sondern auch durch Regierungen des Südens, die ihre Standortvorteile durch Lohn- und Umweltdumping gefährdet sahen und eine „neokoloniale“ Normsetzung unter den bestehenden Weltmarktasymmetrien ablehnen.

Seit Gründung der Welthandelsorganisation WTO 1995 und der Ausweitung ihres Mandats sind soziale und ökologische Standards zwischen zwei Rechtsregime geraten: auf der einen Seite stehen ILO-Konvention und multilaterale Umweltabkommen, die völkerrechtliche Verbindlichkeit durch die Ratifizierung vieler Staaten bekamen, aber nur begrenzt in nationale Gesetzgebung übersetzt wurden; ihnen gegenüber stehen die WTO-Abkommen, vor allem zu Investitionen, die auf einen Rückzug des Staats aus den Marktprozessen zielen und den Staaten eine Notwendigkeitsüberprüfung abverlangen, dass marktsteuernde und regulierende Maßnahmen wie Umwelt- und Arbeitsschutzregeln keine Handelshindernisse darstellen. Während die aus den Menschenrechtskonzept abgeleiteten UN-Abkommen ohne wesentliche Sanktionsgewalt eher zahnlose Tiger der Global Governance geblieben sind, ist das WTO-Regime infolge der Sanktionsmacht ihrer Schiedsstelle dem UN-Regime weit überlegen.

Kampagnen zu Mindeststandards in der Exportproduktion wie die *No-Sweatshop*-Kampagne in Nord- und Mittelamerika und die *Clean Clothes Campaign* in Europa verknüpfen verschiedene Zwecke: auf gewerkschaftsähnlicher Aushandlungsgrundlage den ExportarbeiterInnen in den Fabriken, in den Sweatshops und in Heimarbeit zu Arbeitsrechten zu verhelfen, die Unternehmen jenseits ordnungspolitischer Regulierung in die Pflicht zur Internalisierung sozialer und ökologischer Kosten zu nehmen, den KonsumentInnen am Ende der Produktions- und Handelsketten ethische Kategorien nahezubringen und dadurch auch die Kluft zwischen Produktion und Konsum zu überbrücken. Ziel ist jedoch nicht eine Konsumreduktion oder ein Konsumboykott, weil gefürchtet wird, dass die Exportarbeiterinnen dadurch ihren Job verlieren würden (Musiolek 1997).

Das Instrument Verhaltenskodex und unabhängiges Monitoring ist ein Weg neuer Bündnis-Akteure in der Zivilgesellschaft, um Arbeitsmärkte zu regulieren. Gegen die profitorientierte Globalisierung von oben entsteht eine rechtsorientierte Globalisierung von unten. Die neuen NGO-Bündnisse lassen sich auf das Prinzip der Freiwilligkeit statt allgemeiner Rechtsverbindlichkeit ein. Die unabhängige Kontrolle der Einhaltung von Mindeststandards gestaltet sich jedoch in der Regel als schwierig. Die geringe Wirkung der Kodices für die tatsächliche Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards und von Arbeiterinnenrechten zeigt, dass sie staatliche und zwischenstaatliche Regulierung anstoßen und ergänzen, aber nicht ersetzen können. Gerade angesichts der Kapitalmobilität, mit der Konzerne nationalstaatlicher Gesetzgebung und Regulierung oft über Nacht ausweichen, ist supranationale Verantwortung für die Umsetzung von Regeln und Rechten normativ und praktisch unerlässlich (Musiolek 1999). Internationale Netzwerke

wie *Friends of the Earth* fordern eine UN-Konvention zu Unternehmensethik und sozialer und ökologischer Verantwortung transnationaler Konzerne, die in ihren Heimatländern haftbar gemacht werden sollen. Ihre Kampagnen sind eine zivilgesellschaftliche Neuaneignung von Politik von unten, zielen aber gleichzeitig darauf, der neoliberalen *Global Governance* eine rechtsorientierte entgegenzusetzen (Navarro 2003; Wandel/Mittler 2003).

Die Auflösung des gemeinwohlorientierten Staates und die Eigenverantwortung

Im Rahmen der weltweiten Standortkonkurrenz findet auch ein neoliberaler Umbau der Staaten statt: Standortsicherung hat nun höchste politische Priorität. Es gilt die komparativen Vorteile des Landes in der globalen Schlacht um Wirtschaftswachstum und dem Buhlen um Investoren zu verbessern. Die zunehmende Staatsverschuldung, wesentlich verursacht durch die Reformen der Fiskalpolitik und die Liberalisierung, legitimiert eine Verschlankung des Staats und des Politischen: Rückzug der Politik aus der Wirtschaft durch Deregulierung der Märkte und Sozialabbau als Rückzug aus öffentlichen, gemeinwohlorientierten Aufgaben. Der Wettbewerbsstaat als Standort- und Wachstumsgarant verdrängt die Wohlfahrts- und Sozialstaatlichkeit des rheinischen Kapitalismus (Hirsch 1995).

Das Leitbild nachhaltige Entwicklung, wie es vom Brundtland-Bericht bis zur Agenda 21 von Rio de Janeiro festgeschrieben wurde, bemühte sich um die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz und wollte nachhaltiges Wachstum unter neoliberalem Vorzeichen mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit ins Gleichgewicht setzen. Der immense Druck des globalisierten Standortwettbewerbs durch sinkende Produktivitätsraten und Finanzmarktkrisen bewirkt jedoch eine deutliche neoliberale Prioritätensetzung der Politik und ein neues Ungleichgewicht in der Zieltrinität von Nachhaltigkeit zugunsten des Wirtschaftswachstums. Von der multilateralen Ebene her schränken die WTO-Abkommen die Handlungsspielräume der Nationalstaaten in der Umwelt- und Sozialpolitik ein. Das Rechtsregime der WTO gibt investierenden Konzernen gar die Möglichkeit, gegen die Umwelt- und Sozialgesetzgebung von Staaten als Handelsbarrieren zu klagen.

Die Wohlfahrtsorientierung – das wird im Rückblick immer deutlicher – war eine mütterliche und fürsorgliche Seite von „Vater Staat“, die sich um die soziale Reproduktion der Gesellschaft kümmerte. Diese feminisierte Seite wird nun abgebaut und die maskuline Seite des Staates wird erneut verstärkt. „Jene Sektoren, die historisch eng mit Männlichkeit kodiert waren, nämlich, Militär, Polizei und Bürokratie“, „harte“ Politikfelder wie Finanzen und Sicherheit werden

in den Umstrukturierungsprozessen von Staat und Politik gestärkt und aufgerüstet (Sauer 1998:42; dies. 2003:106f). So genannte „weiche“ Politikfelder – Soziales, Umwelt, Kultur, Entwicklungszusammenarbeit – werden abgespeckt und geschwächt. Diese Neuformierung von Politik und Gesellschaft geschieht derzeit durch mehrschichtige Prozesse, die auf der Deregulierung, dem Sozialabbau und der Privatisierung öffentlicher Güter basieren.

In den meisten europäischen Staaten findet gerade ein Paradigmenwechsel in den Vergesellschaftungsmechanismen statt, der mit Begriffen wie Reform und Modernisierung mystifiziert und mit dem TINA-Prinzip (Margaret Thatcher: „There is no alternative“) gerechtfertigt wird. Es geht um die existentielle Frage gesellschaftlicher Reproduktion: wer übernimmt die Risikoabsicherung? Wie können individuelle Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Erwerbslosigkeit, Alter aufgefangen werden? Wie werden kollektive Risiken wie Luft- und Wasserverschmutzung, sinkende Bildungsqualität oder Kriminalität kompensiert oder beseitigt?

Die Institution des Staates vermittelt zwischen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion durch ein Angebot von Transferleistungen, sozialen Diensten und Sicherheiten zur Risikominimierung des/r Einzelnen. Die deutsche Variante von Wohlfahrtsstaatlichkeit beruhte auf dem Solidarprinzip des rheinischen Kapitalismus: wird die Risikoabfederung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge finanziert, findet eine Quersubventionierung statt zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Erwerbslosen, Gesunden und Kranken, Jungen und Alten, besser und schlechter Verdienenden. Auf diese Weise setzen gesellschaftliche Solidarität und Umverteilung das Prinzip wechselseitiger Versorgung und Verpflichtung in der Familie und das Prinzip des Teilens und Verteilens in moralischen Ökonomien fort. Die (fordistische) Familie galt bislang als gesellschaftliche Keimzelle, weil sie nicht nur der Ort der Nachwuchsproduktion war, sondern auch das Kernkollektiv und Herzland sozialer Reproduktion und wechselseitiger Sorge. Die Kernkompetenzen der Vor- und Fürsorge wurden dabei Frauen zugeschrieben, von ihnen erlernt und ausgeführt.

An die Stelle des Solidarprinzips als Konzept kollektiver Verantwortlichkeit tritt nun die Eigenverantwortung, nämlich die individuelle Leistungs- und Zahlungsfähigkeit. Ein wertvolles und funktionales Gesellschaftsmitglied ist der Einzelne nicht, wenn er Sorgeanteile und Risikoverantwortung für andere übernimmt, sondern indem er eigenverantwortlich dafür sorgt, dass seine individuellen Risiken allein auf sein Konto gehen und er nicht der Gemeinschaft zur Last fällt. Entsprechend wird als Keimzelle der Gesellschaft nicht mehr die Familie als Hort der Kooperation und Wechselseitigkeit gefeiert, sondern das Unternehmen als Motor der Konkurrenz, genauer: die Ich-AG als Ein-Mann/Eine-Frau-Unternehmen.

Die Entsorgung der Versorgung

Wo jedes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft für sich selbst die Verantwortung schultern soll, wo bleibt dann die Verantwortung für das „gemeine Ganze", das mehr ist als die Summe der Einzel- und Eigenverantwortlichkeiten? Was geschieht mit dem öffentlichen Sektor und öffentlichen Gütern, die (Über-) Lebensgrundlagen darstellen?

Privatisierung öffentlicher Institutionen und Dienste und ihre Anpassung an Markt- und Effizienzkriterien[2] sind die beiden zentralen Strategien der Verschlankung des Staatssektors, die Kernelemente der Strukturanpassung in den überschuldeten Ländern des Südens waren und jetzt in europäischen Ländern als soziale Reform und Modernisierung etikettiert werden. Beide Umbau- und Abbaustrategien verwickeln und betreffen Frauen und Männer unterschiedlich: als Beschäftigte im öffentlichen Dienst, als NutzerInnen öffentlicher Güter und als soziale Re-produzentInnen der Gesellschaft. Die öffentliche Hand ist nicht nur in vielen Ländern der wichtigste Arbeitgeber für Frauen, sondern führt auch pro-aktiv Gleichstellungsmaßnahmen durch. Wo der öffentliche Sektor nach Kriterien der Effizienz und des Qualitätsmanagements umstrukturiert wird, sind in der Regel geringqualifizierte Frauen das erste „Einsparpotential". Wenn Teilbereiche öffentlicher Dienstleistungen privatisiert oder aber Arbeiten an die Privat-wirtschaft ausgelagert werden, werden Frauenförderauflagen über Bord geworfen, denn bei Privatunternehmen gelten sie als wettbewerbsverzerrend.

Unter dem Diktat der Wirtschaftlichkeit werden soziale Dienstleistungen wie industrielle Arbeit der Effizienzlogik und einem neoliberalen Qualitätsmanage-ment unterstellt. Effizienzsteigerung ist im Bereich sozialer Dienste jedoch nur begrenzt möglich: personennahe Dienstleistungen, Erziehung, Körperpflege und sorgende Zuwendung lassen sich nur beschränkt beschleunigen und rationali-sieren. Die Übertragung industrieller Effizienz- und Produktivitätsmaßstäbe hat ihre Grenze an der Menschlichkeit. Folglich werden personenbezogene Dienst-leistungen, weil sie zu langsam und zu teuer sind, im Erwerbsmarkt auf das Notwendigste beschränkt, während der Rest aus dem Markt ins Private externalisiert wird. Exemplarisch zeigen die Module der Altenpflege, wie jede Handreichung im Minutentakt ihren kommerziellen Marktpreis bekommt und unter dem Dogma der Effizienz Beziehungsarbeit und Zuneigung, kurz: die Streicheleinheiten von der technischen Dienstleistung abgespalten werden. Die Fürsorge, die Kernkompetenz des Sozialen, hat keinen Platz in der Markt-ökonomie.

[2] Viviene Taylor nennt die Einführung von New Public Management eine Marketisation of Governance (2000).

Beispiel Gesundheitsversorgung: Das öffentliche Gesundheitssystem in Afrika ist mit der Pflege der AIDS-Kranken völlig überfordert. Sie wird in den Familien geleistet, überwiegend von Frauen. In Osteuropa nennen die Frauen es „Zwangsfreiwilligkeit“, wenn sie ihren Angehörigen im Krankenhaus die Mahlzeiten liefern, die Bettwäsche waschen und den Boden putzen müssen. Aber auch in den Industrienationen findet eine Rückverlagerung von Pflege- und Sorgearbeit in die Privatsphäre statt. In Deutschland wäre eine Reihe von Krankenhäusern ohne die „grünen Brigaden“ ehrenamtlicher Helferinnen aus der Gemeinde kaum noch versorgungstüchtig. Genau die Pflege und Fürsorge, die aus Kostengründen aus dem Erwerbsmarkt herausgedrängt wird, übernehmen wiederum Frauen in ihre unbezahlte Arbeitsökonomie, indem sie z.B. Familienangehörige zu Hause pflegen, die nach Operationen „standardisiert“ entlassen werden. Bezahlte, überwiegend von Frauen geleistete Dienste werden auf diese Weise in unbezahlte Arbeit rückverwandelt. Frauen verlieren existenzsichernde Jobs und bekommen unbezahlte Arbeit aufgebürdet, die sie in ihrer Haushaltsökonomie oder in ihr Ehrenamt in der Gemeinde übernehmen. Die Entlastung der Staaten von sozialer Verantwortung und die Belastung von Frauen sind zwei Seiten derselben Medaille. Staatlicher Sparkurs und die Konjunktur des Ehrenamts treten als politisches Verbundsystem auf (Notz 1998). Das Loblied der Weltbank auf „soziales Kapital“, die Mobilisierung der hymnisch gepriesenen Selbsthilfegruppen von Frauen im globalen Süden oder von NGOs für die Übernahme von Versorgungsaufgaben spiegeln und kompensieren Strategien des Sozialabbaus und entlasten den Staat (Roy 2003).

Parallel zur Verschiebung sozialer Kosten und Aufgaben in die Privathaushalte und die Eigenverantwortung der Einzelnen, findet eine Preisgabe öffentlicher Versorgungsstrukturen und -leistungen an den Markt statt. Durch den (Teil-) Verkauf öffentlicher Einrichtungen und Infrastruktur an Privatunternehmen versuchen Kommunen und Staat ihre leeren Kassen zu füllen und die überforderten Haushalte zu entlasten.

Grundsätzlich aber höhlt die Verwandlung öffentlicher Dienstleistungen und Güter in Waren das Solidarprinzip durch das Marktprinzip aus: Versorgung fließt dahin, wo Kaufkraft ist, nicht dahin wo Bedürftigkeit und ein menschenrechtlicher oder bürgerschaftlicher Anspruch bestehen. Die Erfahrungen mit Privatisierung im Wasserbereich zeigen, dass die Gewinninteressen der Privatwirtschaft die Investitionen bestimmen. Multi-Utility-Konzerne bevorzugen Schwellenländer vor armen Ländern, Städte und Industriegebiete vor ländlichen Regionen, sie steigen vorzugsweise in den Stadtvierteln in die Wasserversorgung ein, wo zahlungsfähige Kundschaft wohnt, und eher in die Wasserversorgung als in die Abwasserentsorgung. Unrentable Bereiche überlassen sie der öffentlichen Hand (Hoering 2001). Privatisierung von Gemeinschaftsgütern und öffentliche Dienstleistungen von der Müllabfuhr bis zur Kanalisation findet selektiv statt: Die Unternehmen picken sich die Rosinen aus dem öffentlichen Kuchen, der Markt

verteilt die Zugänge zu Versorgung und öffentlichen Gütern neu. So befeuchten in Mexiko-City Sprenkleranlagen die Vorgärten der Nobelviertel und die Golfplätze von morgens bis abends, aber das Versorgungssystem in den Armenvierteln ist so marode, dass ein Wasserrohrbruch den anderen jagt und nicht einmal ausreichend Trinkwasser vorhanden ist.

Privatisierung und Profitorientierung stehen quer zum Prinzip des Sparens und der Suffizienz. Ihnen ist der Wachstumszwang inhärent bzw. wird er technologisch eingebaut. So werden Abwassersysteme auf einen steigenden Bedarf berechnet und derart große Rohre verlegt, dass sparsamer Wasserverbrauch dysfunktional für den Betrieb ist, weil sie ständig durch große Wassermengen gespült werden müssen. Müllverbrennungsanlagen werden technisch auf große Mengen ausgelegt, sodass jeder Appell zur Müllvermeidung ökonomisch unsinnig ist.

Das Ziel der Rentabilität bestimmt auch die Dienstleistung selbst: Quantität hat Vorrang vor Qualität. Möglichst viele Operationen mit Einsatz teurer Apparatemedizin, möglichst viel Energie, egal ob unökologisch, Wasserversorgung ohne Rücksicht auf Qualität und Verluste, sprich: ohne Interesse am Ressourcensparen, denn das würde ein kostenaufwendiges Flicken von Wasserleitungen erfordern. Ökologische und soziale Kosten werden externalisiert – und zu einem beachtlichen Teil erneut von Frauen übernommen. In Großbritannien verschlechterte sich z.B. die Wasserqualität nach der Privatisierung, Kleinkinder litten häufiger an Durchfall, Hepatitis A verbreitete sich. Die Frauen versuchten das Risiko durch Wasserabkochen, sprich: Mehrarbeit aufzufangen.

Wo der Markt die Zugänge zu Ressourcen der Grundversorgung und Überlebenssicherung neu ordnet, entscheidet allein die Kaufkraft und kein auf kommunaler, nationaler oder universell menschenrechtlicher Ebene definiertes Anrecht. Das hat eine neue soziale Stratifizierung der Zugänge zu Gesundheit, Bildung, Kultur, Information, Wasser, Energie, Transport usw. zur Folge. Wem die Zahlungsfähigkeit fehlt, der hat keine Nachfragemacht und ist auf die wegen Mittelknappheit sich verschlechternden öffentlichen Leistungen angewiesen oder aber auf Selbstversorgungsstrukturen zurückgeworfen. Das sind überall die Einkommens-, Vermögens- und Machtarmen, in der Mehrzahl Frauen. So holen die Frauen, die in Südafrika die steigenden Wasserpreise nicht bezahlen können, Wasser wieder aus dem nächsten Tümpel oder Bach, auch wenn er verschmutzt ist.

Von der multilateralen Ebene her stellt nun das *General Agreement on Trade in Services* einen rechtlichen Rahmen für die Liberalisierung und Privatisierung des Dienstleistungssektors auf, der die Spielräume für nationales oder lokales Recht endgültig aushöhlt. GATS ist ein heimliches Investitionsabkommen, das die Rechte von ausländischen Investoren gegenüber Regierungen stärkt und den nationalen Regierungen den Nachweis abverlangt, dass ihre Sozial- oder Umwelt-

gesetze keine „unnötigen Handelsbarrieren“ darstellen. Damit schränkt es die Souveränität der Nationalstaaten ein, regulierend in die Märkte einzugreifen. Es ist ein heimliches De-Investitionsabkommen für den öffentlichen Sektor, weil das Prinzip der Inländerbehandlung Mittel aus dem öffentlichen in den privaten Sektor umlenkt. Es hebelt demokratische Strukturen und Möglichkeiten des Interessenaushandelns aus, weil es nahezu unmöglich ist, einmal gemachte Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungsbranchen wieder rückgängig zu machen oder zeitlich befristet in Notsituationen oder bei einem Regierungswechsel auszusetzen. Die Rücknahme von Privatisierung, wie sie nach massiven Protesten gegen die privatisierte Wasserversorgung in der kolumbianischen Stadt Cochabamba und nach heftiger Korruption in Grenoble erfolgte oder kürzlich nach einer Häufung von Fehlleistungen und Unfällen bei der Wartung des Schienensystems in Großbritannien, wäre dann nicht möglich. Von Menschenrechten auf Daseinsvorsorge, eine intakte Umwelt und soziale Reproduktion der Gesellschaft oder auch auf Information ist dagegen im GATS genauso wenig die Rede wie von sozialer, Geschlechter- oder Umweltgerechtigkeit. GATS ist ein Regel- und Rechtsregime, das sich die Demokratie und national-staatliche Rechts- und Regelsystem unterordnet und gemeinwohl- und ausgleichsorientierte Politiken für soziale und ökologische Nachhaltigkeit aushebelt (WEED 2003; Fritz/Scherrer 2003).

Dieser über die WTO vermittelte Angriff auf öffentliche Güter und Daseinsvorsorge macht deutlich, dass politische Intervention auf der nationalen und multilateralen Ebene ansetzen muss, um zu verhindern, dass die Grundversorgung und Grundrechte dem WTO-Regime unterstellt werden. Gleichzeitig muss das Subsidiaritätsprinzip angewendet werden, damit über die Daseinsvorsorge und Gemeinschaftsgüter so lokal und basisdemokratisch wie möglich entschieden werden kann. Das Gemeinwohl ist an Gemeinschaften und Bevölkerungsgruppen, an Raum und Zeit gebunden. Deswegen sollten die Entscheidungen über die Eckpunkte des Gemeinwohls von eben den betroffenen Gemeinwesen, in den konkreten Räumen und Zeiten demokratisch getroffen werden. Dazu werden Strukturen und Räume benötigt – vergleichbar der Lokalen Agenda 21, partizipative Bürgerhaushalte wie in Porto Alegre oder die gerade an vielen Orten neu entstehenden Sozialforen –, wo Kommunen, lokale Gemeinschaften und Gesellschaften entsprechend ihren Bedürfnissen und Erfordernissen entscheiden können, wie sie ihre soziale Reproduktion, die Daseinsvorsorge und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen organisieren und budgetieren.

Neoliberale Werte- und Raumordnung

Die Umstrukturierung von Zugängen zu Daseinsvorsorge und Ressourcen, von Markt- und Einkommenschancen, von sozialen und ökologischen Verantwortlichkeiten beinhaltet eine hierarchische Neuordnung gesellschaftlicher Verhältnisse und Werte, die sich in den Köpfen der handelnden Subjekte als praxisbestimmende Normen und hegemoniale Leitorientierungen einnisten. Der Umbau von Arbeit und Beschäftigung, von Politik und Staatsfunktionen nach Maßgabe der Standortkonkurrenz und des Wachstumsdogmas ist an neuen Bewertungskategorien und normativen Maßstäben ausgerichtet. Ideologeme wie Leistung, Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Eigenverantwortung sind längst ein neoliberaler Konsens, der den/die *homo oeconomicus/a* definiert, und eine von allen gesellschaftlichen AkteurInnen internalisierte Funktionslogik des Systems.

Neoliberale Vergesellschaftung findet absurderweise durch ihr Gegenprinzip, nämlich durch fortschreitende Individualisierung statt, durch die Fokussierung auf den freien, eigenverantwortlichen und marktkompatiblen Bürger, den *homo oeconomicus*, der auf den neuen Märkten und in den Crashs und Krisen seine Leistungsmotivation hochschraubt und ebenso risiko- wie konkurrenzfreudig ist. Genau dies ist das Männlichkeitsmodell der globalisierten Wirtschaft, personifiziert in der Figur des Jungunternehmers oder des Börsenspekulanten (Connell 1995).

Die neue Werteordnung manifestiert sich in Raum und Zeit. Je effizienter, schneller, flexibler der/die homo oeconomicus/a agiert, desto marktsicherer. Sie strukturiert nicht nur Erwerbsmärkte und Arbeitswelten neu, sondern auch andere Lebensräume und Identitäten. Saskia Sassen (1998) beobachtet in den globalen Umstrukturierungen von Märkten, Branchen und Leistungen neue Auf- und Abwertungen, Spaltungen und Ausgrenzungen: welche Qualifikationen und Ressourcen in der New Economy und anderen globalisierten Sektoren zählen und welche nicht? Was wird integriert und was ausgeblendet? Sassen konstatiert eine Umgestaltung von Wirtschafts- und Lebensräumen vor allem in den Großstädten, den *global cities*, mit einer Polarisierung zwischen internationalisierten Sektoren und lokalen, territorial gebundenen Bereichen: einer „Gentrifizierung“ von Wohn- und Konsumbereichen der globalen Eliten steht die Informalisierung großer städtischer Wirtschafts- und Lebensräume gegenüber. Die globalisierten Ökonomien auf hohem Preis- und Profitniveau basieren auf der informalisierten Zuarbeit einer wachsenden Dienstleistungsklasse, deren Leistungen und Qualifikationen systemisch abgewertet werden und die überwiegend aus schlecht bezahlten ArbeiterInnen, vor allem MigrantInnen besteht. Diese gewährleisten ihren eigenen Konsum und ihre Lebensabsicherung zu einem großen Teil in den informalisierten Wirtschafts- und Lebensräumen der von ethnischen und kulturellen Minderheiten

geprägten Stadtteilen, wo familienähnliche oder Nachbarschaftszusammenhänge eine bedeutende Rolle spielen. Dort ist, wie Heide Mertens in Köln-Mühlheim festgestellt hat, die „Einbettung der Haushalte in soziale Netzwerke und lokale Ökonomien entscheidend für die Lebensqualität“ (2001).

Unter der Maßgabe von *city marketing* und Sanierung werden die Städte einem verwertungsorientierten Umstrukturierungsprozess unterworfen. Dicht besiedelte Altstadtbezirke, die intensivst genutzte, überlastete und umweltschädigende Wirtschafts-, Verkehrs- und Wohnräume sind, werden durch Zerstörung „saniert“. Im Namen der Beseitigung von Umweltschäden wird Flur- und Marktbereinigung betrieben, um eine beschleunigte Infrastruktur wie Stadtautobahnen zu bauen oder tabula rasa für Bodenspekulation sowie moderne Geschäfts- und Bürobauten zu schaffen. Die Vertreibung oder Zerschlagung urbaner Informalität des Wirtschaftens und Wohnens ist vorgeblich Voraussetzung, um die urbanen Standorte attraktiv für Investoren und Touristen zu machen – nicht etwa um die Lebens-, Wohn- und Umweltqualität der BewohnerInnen zu erhöhen.

Die Kämpfe von SEWA, einer Frauengewerkschaft von Selbstbeschäftigten, in indischen Städten waren exemplarisch für die erfolgreiche Besetzung öffentlichen Raums durch informell arbeitende Frauen: nach jahrelangen Verhandlungen mit Stadtverwaltungen hatten Straßenhändlerinnen sich in den achtziger Jahren Anrechte auf ein paar Quadratmeter an Straßenecken, auf Bürgersteigen oder Plätzen sichern können, um dort ihre Waren unter freiem Himmel anzubieten. Inzwischen verschärfte sich die Konkurrenz zwischen dem Kleinhandel auf der Straße, den etablierten lokalen Geschäftsleuten und den neuen Supermarktketten ausländischer Konzerne oder gar edlen Shopping Malls. Stadtverwaltungen und Ordnungshüter vertreiben deshalb in jüngster Zeit von Mombasa bis Manila KleinhändlerInnen von ihren angestammten Verkaufsplätzen auf den Bürgersteigen oder reißen ihre Verkaufskioske am Straßenrand nieder. Im Interesse der Großhändler und Marktmächtigen wird der geschäftsschädigende Wettbewerb der KleinkrämerInnen wegsaniert und Städte als öffentliche und ökonomische Räume in Anpassung an marktbeherrschende globalisierte Handelsinteressen umstrukturiert. Urbane Umstrukturierungen sind ökonomische Sanierungen unter neoliberaler Vorgabe.

In den Metropolen des globalen Südens versuchen immer mehr Frauen und Frauengruppen ein Einkommen auf der Unterseite der Warenfülle durch die Entsorgung des städtischen Wohlstandsmülls zu erwirtschaften. In Hongkong sammeln Erwerbsloseninitiativen von Frauen Plastikflaschen und liefern sie zum Recyceln an die Privatwirtschaft, in Mexiko City, Südindien und in Kampala sind es Frauenprojekte, die Plastikmüll handwerklich verwerten, in Dharwar in Mumbai und in Mokattam in Kairo leben ganze Stadtviertel mit hunderttausenden Einwohnern von einer ausdifferenzierten Müllsortier- und Verwertungsindustrie. Frauen bleiben als Müllsammlerinnen oder Müllsortiererinnen der weiblichen

Rolle des Aufräumens und Saubermachens treu, machen sie aber, meist selbstbeschäftigt, zu einer Einnahmequelle.

Den Gegenpol zu den gentrifizierten Stadtteilen bilden die verelendeten Barrios lateinamerikanischer oder die de-industrialisierten Suburbs nordamerikanischer Metropolen. Dort sind Gewaltmärkte, Drogen- und Prostitutionsökonomien, die durch mafiöse Strukturen vermachtet und gesteuert sind, mit neuen Überlebensressourcen entstanden. Gleichwohl versuchen jedoch auch dort selbstorganisierte Projekte, die „andere Werte“ wie Vertrauen oder „Zugänglichkeit“ konstruieren wollen, gemeinwesenorientierte Versorgungsstrukturen mit offenen Gemeindegärten, Lebensmittel- und Handwerkskooperativen und Wandmalereien als öffentlichen Informationskanälen zu entwickeln (Mertens 2001: 186 ff.). Aufgrund der matrilinearen Familienstrukturen in den Slums Nord- und Mittelamerikas – Familien sind durch Mütter mit ihren Kindern und wechselnden Partnern oder Besuchsväter konstituiert – sind Frauen die Kerngestalten in diesen selbstorganisierten Ökonomieansätzen zwischen legalen und illegalen Marktstrukturen.

Neoliberaler Konsens: Konsum und Wohlstandswachstum

Der existentiell bedrohlichen, sozialen und ökologischen Verknappung von Ressourcen im globalen Süden und den schwindenden Zugangsmöglichkeiten der Armen zu Ressourcen stehen eine ungeheure Warenfülle im globalen Norden und bis zum Überfluss und Überdruss gefüllte Regale in den Shopping Malls gegenüber, mit offenen Zugängen für die leistungs- und zahlungsfähigen Konsumklassen. Die ungerechte Verteilung des Verbrauchs von Ressourcen und Umweltraum, die Widersprüche von Hunger und Übersattheit, von Wohlstand und Notstand führte in den achtziger Jahren zusammen mit der Kritik an nachholender Entwicklung zu Diskursen über Konsumbeschränkung und Lifestyle, die von Feministinnen engagiert geführt wurden.

Auch die Agenda 21 von Rio de Janeiro richtet ihre Kritik an den „Produktions- und Konsummustern“ und die Forderung nach Veränderungen gesellschaftlicher Verhaltensweisen und Wertorientierungen primär an „wohlhabende Bevölkerungsteile“, die durch „übermäßigen Konsum“, „überhöhte Ansprüche und eine auf Dauer nicht vertretbare Lebensweise“ die Umwelt überproportional belasten. Damit lässt sie keinen Zweifel daran, dass strukturelle Veränderungen (auch) auf Suffizienz aufbauen müssen. Doch die kritische Reflektion von Produktions- und Konsumweisen ebbte nach der Rio-Konferenz auch in feministischen Diskursen ab, und die Perspektive „neuer Wohlstandsmodelle“ verlor sich. Gleichzeitig verbreiteten sich im Schlepptau der wirtschaftlichen Globalisierung westliche Wertorientierungen und mittelständisch geprägte Hoffnungen auf Konsum und Spaß in den Ländern des Südens. Transnationale Unternehmen steigerten ihre

Aufwendungen für Produktbewerbung, Medienkonzerne vermitteln Leitbilder vom individualisierten und kommerzialisierten Lebensstil rund um den Globus.

Der Mythos grenzenlosen Wohlstandswachstums wird immer weniger hinterfragt. Er ist es, der den globalisierten Naturnutzungs-, Wirtschafts- und Handelsformen ihre Legitimität gibt. Die Hoffnung auf Teilhabe am konzerngesteuerten Konsum globalisiert sich zu einer hegemonialen Denkfigur. Tatsächlich steigt weltweit der Pro-Kopf-Verbrauch weiter. Doch dieser statistische Pro-Kopf-Verbrauch ist eine aggregierte Größe, die alle sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten lokaler, nationaler und globaler Dimension im rechnerischen Durchschnitt verschwinden lässt. Das Konsumgefälle zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern und der unterschiedlich große „ökologische Fußabdruck" zwischen Nord und Süd bestehen weiterhin. Gleichzeitig wächst aber auch der Konsumabstand zwischen den sozialen Klassen innerhalb einzelner Länder des Südens: während die Konsumgewinne der unteren sozialen Schichten minimal sind, akkumulieren und konzentrieren die Alt- und Neureichen Wohlstand in großem Umfang.

Der neoliberalen Hegemonie zum Trotz lebt in Ansätzen zur Lokalisierung, die auch immer Komponenten der Rückbesinnung auf eigene Werte und Kulturen enthalten, das Prinzip der Genügsamkeit immer wieder als Gegenmodell zur neuen Konsumgier des „Ich bin, was ich an Markenware besitze" auf: in Südost- und Ostasien, wo sich im Sog des Wirtschaftsbooms bis zur Asienkrise eine wahre Konsumbesessenheit entwickelte, erlebt z.B. das buddhistische Leitmotiv des „wissen, was genug ist" eine kleine Renaissance. In Indien knüpft der lokale Widerstand dagegen, dass „alle Länder in Märkte und alle Menschen in Konsumenten verwandelt werden", wie es im Januar 2004 auf dem Weltsozialforum in Mumbai hieß, immer wieder beim gandhianischen Konzept der dörflichen Souveränität und Genügsamkeit an.

Die Demontage des neoliberalen Ideologems von Konsumfreiheit und Konsumwohlstand in den Köpfen der neuen globalen Mittelklasse ist jedoch ein strukturveränderndes Projekt, das auch von globalisierungskritischen Feministinnen in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde. Ein Grund ist sicherlich, dass individualisierter Lifestyle und Konsum für viele Frauen auch ein Potential der Emanzipation enthalten, nicht nur aus Armutsstrukturen sondern ebenso aus rigiden patriarchalen Traditionsbeständen. Dies verweist auf das Dilemma, dass die wachstumsorientierte, ressourcenintensive Globalisierung für Frauen aus den leistungs- und zahlungsfähigen globalen Konsumklassen Emanzipations- und Karrierechancen unter neoliberalen Vorzeichen bietet – aber nur auf Grundlage sich vergrößernder sozialer Ungleichheit und der Ausgrenzung der Mehrheit der ressourcen-, einkommens- und machtarmen Frauen.

Die wieder belebte Ignoranz gegenüber den ökologischen Grenzen des Wachstums und der Konsumfetisch zeigen aber auch, wie sich parallel zu den strukturellen Veränderungen unter Globalisierungsdruck – der Arbeitsformen, der Deregulierung von Märkten, der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten aus den Märkten und Regierungsbudgets, neuer Eigentums- und Raumordnungen – auch ein hegemoniales Bewusstsein herstellt. Die Herstellung von Zukunftsfähigkeit muss sich gleichermaßen über das Aufbrechen dieses Bewusstseins wie über die Transformation der Strukturen vermitteln.

4 Livelihood und geschlechtsspezifische Ressourcenbewirtschaftung

Das Konzept von *livelihood* spielte eine zentrale Rolle in der feministischen Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie in den Ländern des Südens. Während Chambers (1988) in seiner Hungeranalyse mit dem Begriff *livelihood* vor allem Ernährungssicherung und Erhalt der natürlichen Umwelt verknüpfte, definierten Grown und Sebstad (1989) *livelihood* als die Summe aller materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Existenzsicherung. Grawert hat als deutsche Übersetzung „Lebensabsicherung" vorgeschlagen (1998).

Im Gegensatz zu Entwicklung als einer Makrostrategie setzt das *Livelihood*-Konzept beim Lokalen und beim Mikro-Kosmos der alltäglichen Überlebenssicherung in der unmittelbaren natürlichen und sozialen Umwelt an. So vertrat z.B. das Süd-Frauen-Netzwerk DAWN den *Livelihood*-Ansatz im Vorfeld der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro als Gegenkonzept zu einem universellen Entwicklungsparadigma und einer Strategie nachholender Entwicklung für die Länder des Südens. DAWN nannte nachhaltige Entwicklung einen Widerspruch in sich selbst, denn Entwicklung, definiert über Wachstum, Handelsliberalisierung und Effizienz – wie in der Agenda 21 geschehen – nötige dazu, die Erhaltung und den Schutz von Ressourcen zu torpedieren (DAWN 1992).

Tragende Elemente des *Livelihood*-Ansatzes sind:
- Das integrierte System aller materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen zur Existenzsicherung,
- Selbstbestimmung und Mitbestimmungsrechte der lokalen Gemeinschaften,
- Dezentralisierung, Anknüpfen bei lokal und regional unterschiedlichen Situationen und Bedingungen,
- Biologische und kulturelle Vielfalt,
- Kollektive Rechte des Zugangs zu Ressourcen und ihrer Nutzung,
- Lokale und regionale Kreislaufökonomien und Mischwirtschaft,
- Bezug auf indigenes, durch Erfahrung erzeugtes Wissen.

Das *Livelihood*-Konzept knüpft an den frauenpolitischen *Empowerment*-Ansatz (DAWN 1985) und den *Entitlement*-Ansatz von Amartya Sen an, verpflichtet sich dagegen nicht dem Effizienz-Ansatz der Weltbank oder dem entwicklungspolitischen Konzept von „Women, Environment and Development" WED (Davidson/Dankelman 1990), das Frauen in einer Dreifachrolle in der Spirale von Armut und Ressourcenverknappung sah: gleichzeitig als Verursacherinnen und

Opfer der Umweltkrise und als Hauptakteurinnen des Ressourcenschutzes, nämlich wie die Agenda 21 von Rio de Janeiro formuliert als „privileged environmental managers“.

Feministische Entwicklungssoziologinnen kritisierten an dem WED-Konzept, dass Frauen als unbezahlte Artenschützerinnen und sparsame Ressourcennutzerinnen instrumentalisiert würden, während ihnen keine Anrechte auf Ressourcenzugänge und keine Eigentumsrechte gesichert würden (Braidotti 1994, Harcourt 1994). Sie verknüpften die Forderung nach einer geschlechtergerechten Entwicklung mit der nach einer Transformation des weltmarkt- und wachstumsorientierten Entwicklungsmodells. Dabei wurden die Beziehungen von Frauen auf die lokale und globale Umwelt zunehmend differenziert und als sich historisch verändernd gesehen. Die ökofeministische Unterstellung einer universellen, auf kollektiver Geschlechtsidentität beruhenden Naturverbundenheit aller Frauen wurde damit als essentialistisch zurückgewiesen (Agarwal 1992; Leach 1995).

Trotz aller Veränderungen durch den ökonomischen und ökologischen Druck lässt sich jedoch eine Kontinuität geschlechtsspezifischer Praktiken und Handlungsrationalitäten der Ressourcennutzung feststellen: Agrarsoziologen unterscheiden vor allem für Afrika weibliche und männliche Landwirtschaftsmuster, Carolyn Sachs nennt die geschlechtsdifferenten Naturnutzungsformen „gendered fields“ (1995), Leach spricht von „engendered environments“ und entsprechendem geschlechtsspezifischem Nutzungswissen (1991), Lachenmann von einer Frauenökonomie (2001). Die Analyse von Geschlechterverhältnissen ist in jedem Fall unabdingbar für das Verständnis gesellschaftlicher Naturverhältnisse, der Umweltkrise und der Ressourcenbewirtschaftung.

Land, Wasser, Biodiversität und Energie sind die vier Schlüsselressourcen für die Überlebenssicherung in den agrarischen Kulturen des Südens. Lebensabsicherung ist abhängig von der Verfügbarkeit und dem Zugang zu Ressourcen, von den Nutzungsformen und der Ressourcenschonung bzw. dem Umweltschutz. Jeder dieser drei Ressourcenbezüge wird entlang Klassen- und Kastenlinien wie auch entlang Geschlechterlinien konstruiert und kodiert. Frauen sind in vielen Dörfern des Südens immer noch die leibhaftigen Versorgungsleitungen für die Familien, weil sie Wasser, Brennholz und Nahrungsmittel beschaffen und in die Haushalte schleppen müssen. Wo jedoch Technik, Expertise von außen und Fortbildung in die unmittelbare Versorgung der Haushalte intervenieren, setzen die eingeschliffenen homophilen Mechanismen ein, von Mann zu Mann und vorbei an den Frauen. Während die Trinkwasserversorgung für die Privathaushalte Frauensache ist, gelten Motorpumpen, Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft und Dämme als Männerangelegenheiten. Energieversorgung und -sparen im Haushalt sind Frauenaufgabe, Energiepolitik ist jedoch felsenfest in Männerhänden. Immer noch besteht auch in der unmittelbaren Ressourcennutzung die „Glasdecke“: je

technischer, expertokratischer, wissenschaftlicher oder politischer die Handlungspraktiken bestimmt sind, desto männerdominierter sind sie.

Das klassische Paradigma für eine geschlechtsdifferent zielgerichtete Ressourcenbewirtschaftung ist die Prioritätensetzung von Spezies. Männer sind leichter für von Konzernen angebotene Hybridsaatgüter zu gewinnen als Frauen. Bei den Entscheidungen, was auf den Feldern angebaut oder mit welchen Baumspezies wiederaufgeforstet werden soll, plädieren Männer eher für schnell wachsende, monetären Gewinn versprechende Sorten, Frauen vorrangig für risikoarme, Versorgungssicherheit versprechende Spezies. In der Regel gilt, dass diese Nutzungskontroverse aufgrund von Landrechten entschieden wird – gleich wer die Arbeit macht.

Männer tendieren dazu, technische Risiken zu verharmlosen, während mehr Frauen Risikotechnologien wie Gentechnologie bei Nahrungsmitteln oder Kernkrafttechnologie ablehnen. Sicherheit ist die Mutter des Gedankens und Vorsicht und Vorsorge das Prinzip, um Schäden zu verhindern. So ist die Handlungslogik der Ressourcenbewirtschaftung von Frauen prioritär versorgungs- und sicherheitsorientiert, während die von Männern aufgrund ihrer stärkeren Markt- und Geldwirtschaftsintegration vor allem monetär orientiert ist. Über die gesellschaftlichen Ursachen dieser geschlechtsdifferenten Wirtschaftsformen entzündeten sich jedoch höchst kontroverse Diskurse zwischen Feministinnen. Ökofeministinnen begründen sie essentialistisch oder biologistisch mit einer Frau-Natur-Analogisierung, die aus der Doppelerfahrung der „Produktion“ von Leben und der Unterwerfung durch patriarchale Verhältnisse abgeleitet wird; zwei zentrale Methapern sind hier „web of life“ (Dinnerstein 1989) und „rape of the wild“ (Collard 1988)[3]. Subsistenzwirtschaftlerinnen verweisen auf die Prinzipien der Kooperation und Wechselseitigkeit „moralischer Ökonomien“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997). Carol Gilligan konstruierte ebenfalls auf der Grundlage einer Geschlechtsidentität als Handlungsmotiv eine weibliche Moral, deren Dreh- und Angelpunkt die Fürsorge ist (1984).

EntwicklungssoziologInnen verweisen dagegen auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und gesellschaftliche Aufgaben- und Rollenzuweisung. Sie rekurrieren auf einen kontextabhängigen „Überlebenspragmatismus“ statt auf eine ethische Normierung des Handelns: ohne Fürsorge- und Vorsorgehaltung, ohne Solidarität und Reziprozität ist Überlebenssicherung nicht möglich (Wichterich 1988; Lachenmann 1997). Dieser pragmatische Naturbezug hat jedoch auch, wenn es erforderlich ist, Not zu wenden, zur Folge, dass Frauen Ressourcen übernutzen und wohl wissend und mit schlechtem Gewissen sprichwörtlich z.B. zur Brennholzbeschaffung auch die Äste absägen, auf denen sie sitzen. Pauschale Einschätzungen von „weiblichen“ Naturnutzungsformen und entsprechendem

[3] Der Vergewaltigungstopos taucht auch bezüglich der neoliberalen Globalisierung in feministischen Diskursen wieder auf. Vgl. zur Kritik daran weiter unten.

Frauenwissen als prinzipiell umweltschonend oder -zerstörend abstrahieren von den je spezifischen Situationen der Lebensabsicherung, der Problemkonstellationen und daraus abgeleiteten Handlungslogiken. Trotzdem ist das Sicherheitsdenken für Frauen meist die Zielachse, um die sich ihre Handlungsrationalität dreht – Sicherheit des Überlebens, der Ernährung, der Versorgung. Auch wo sie aus dem Verarmungsdruck heraus Wälder plündern und Felder übernutzen oder wegen Arbeitsüberlastung den Erosionsschutz und Erhaltungsmaßnahmen der Bodenfruchtbarkeit vernachlässigen, wissen sie aus derselben Sicherheitsrationalität heraus, dass sie langfristig zu einem Ausgleich zwischen Ressourcennutzung und –schutz zurückfinden müssen, wenn sie ihre Lebensgrundlage nicht zerstören wollen. Die Überausbeutung begrenzter Ressourcen ist jedoch ebenfalls eine Folge davon, dass die Anrechte von Frauen bzw. Armen auf Ressourcenzugang und Verfügungsrechte über Ressourcen nicht demokratisch geregelt sind. Die Migration in die Städte markiert den Zeitpunkt, wo sie vor der Verknappung der Ressourcen oder ihrer immer weiter eingeschränkten Ressourcenzugängen kapitulieren und Lebensabsicherung in ländlichen Regionen nicht mehr möglich ist.

Die Sachzwänge der neoliberal globalisierten Märkte und die Umweltkrise als Verknappung von Ressourcen verschärfen die Schwierigkeiten der Lebensabsicherung unter Wahrung von Umweltgerechtigkeit und Ressourcenschonung. Sie führen zur gesellschaftlichen Marginalisierung und ökonomischen Abwertung der Formen von Ressourcennutzung und Wirtschaftsweisen, die bislang in den Überlebensstrategien und in der Arbeit von Frauen dominierten und als „weiblich“ konnotiert wurden.

Ökologisch-ökonomischer Paradigmenwechsel der Ernährungssicherung

„Ob Brot in der Küche ist, wird nicht in der Küche entschieden."
Bertold Brecht, Die Mutter, 1932
„Ob Fleisch in der Küche ist, wird nicht in der Küche entschieden."
Inszenierung ‚Die Mutter' des Berliner Ensembles, 2001

Die ökonomischen Zwänge der Strukturanpassung und Liberalisierung und die neoliberale Logik setzen alle Ressourcen unter einen erhöhten Kommerzialisierungsdruck und eine verschärfte Konkurrenz.

Hochsubventionierte Agrarimporte aus der EU, den USA und Japan unterbieten in agrarisch dominierten Volkswirtschaften des Südens die Produkte der KleinbäuerInnen auf den Binnenmärkten und geben damit vielen kleinbäuerlichen Betrieben den wirtschaftlichen Todesstoß. Nach dem Zusammenbruch staatlicher Vermarktungsstrukturen sind die KleinbäuerInnen gezwungen, an private Händler zu verkaufen – oft nicht mehr kostendeckend. Wegen Arbeitsüberlastung und fehlender Transportstrukturen schaffen sie es häufig nicht, ihre Produkte selbst auf den lokalen Märkten anzubieten. Wo sich ihr Ackern aber nicht mehr auszahlt, sondern sie immer tiefer in die private Verschuldungsspirale befördert, geben viele den Anbau für die Binnenmärkte auf.

So marginalisiert die Liberalisierung die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die auf die regionale Selbstversorgung ausgerichtet ist, und entwertet gleichzeitig die „weibliche" Agrarwirtschaft und die Kleinbäuerinnen, die in den lokalen Gemeinschaften wie z.B. afrikanischen Dörfern als Ernährungssicherinnen eine hohe Wertschätzung genossen. Die Auskonkurrierten sind gezwungen, die lokalen Land- und Biodiversitätsressourcen für den Export statt für den Binnenmarkt zu nutzen, um ein Geldeinkommen zu erwirtschaften. Dies hat zur Folge, dass Kleinbäuerinnen auf ihren kleinen Parzellen als Kontraktarbeiterinnen Gemüse für den Export anbauen. Kontraktanbau ist die neue Form von Exportproduktion, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft völlig umprogrammiert auf Weltmarkt- statt Binnenmarktbelieferung. Gleichzeitig nehmen Großgrundbesitzer oder agroindustrielle Konzerne immer mehr Land unter Monokulturen, um Cash Crops chemieintensiv zu produzieren. Als saisonale Billigarbeitskräfte werden die Bäuerinnen und Bauern rekrutiert, die in der traditionellen Landwirtschaft kein Ein- und Auskommen mehr haben.

Gleich ob Marktfrüchte auf Plantagen oder kleinen Parzellen erzeugt werden – zugrunde liegt eine Trennung des Feldanbaus von der Tierhaltung, eine Trennung der überbrachten Anbausorten von Monokulturen, die Trennung der Herstellung von Saatgut wie auch von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln vom Anbau, und schließlich mit der Genmanipulation die Abtrennung von Tier- und Pflanzengenen von den Ressourcen. Die fortschreitende Kommerzialisierung der natürlicher Ressourcen verwandelt jedes einzelne Element der naturwissenschaftlich zerstückelten Natur in Waren, für die im Prozess der neoliberalen Globalisierung grenzüberschreitende Märkte geschaffen werden (Egziabher 2002). In Verkaufspaketen auf diesen Märkten ist das Getrennte zielgerichtet auf Verwertung neu zusammengesetzt: Gene, Saatgut, Dünger und Pestizide. Indem auch die KleinbäuerInnen durch Kontraktanbau auf diese marktvermittelte, industrialisierte Form der Ressourcenbewirtschaftung umgepolt werden, sind auch sie in die globalisierten agrarwirtschaftlichen Verwertungszusammenhänge eingebunden.

Die Weltbank drängt auf weitere Exportsteigerung von Fleisch, Aquakultur, Hortikultur und Blumen - neben den konventionellen Cash Crops Kaffee, Tee, Baumwolle und Tabak. In allen Bereichen wird mit einem massiven Einsatz von Agrargiften und Hormonen produziert. Und überall in der Exportlandwirtschaft kennzeichnet ein hohes Maß an Gleichgültigkeit gegenüber jedweden ökologischen und sozialen Standards die Erzeugung von Biorohstoffen und Nahrungsmitteln. Die Plantagen, auf denen saftiges Obst oder Blumen für die Supermärkte des Nordens gedeihen, graben den kleinen Feldern in der Umgebung im wortwörtlichen Sinne das Wasser ab. Die Aquakulturen in Mittelamerika, Süd- und Südostasien, in denen Krabben und Garnelen mit großem Fungizid- und Hormoneinsatz gezüchtet werden, verpesten das Grundwasser und die küstennahen Felder der lokalen Bevölkerung. Aneignung von Ressourcen für die Exportwirtschaft bedeutet Enteignung für die Selbstversorgungswirtschaft.

Meist werden die fruchtbarsten Böden und Wasservorräte aufs Intensivste für den Export genutzt. Mit jeder Exportbohne, Tomate, Blume, jedem Tabakblatt oder Baumwollknäuel werden auf diese Weise auch Bodenfruchtbarkeit und Wasser exportiert – überall knappe Ressourcen. Nach einigen Jahren des Intensivanbaus und der Überausbeutung von Ressourcen bleibt vergifteter, versalzener oder erodierter Boden zurück, der kaum noch für den Eigenanbau nutzbar ist. Exportproduktion auf den Böden des Südens ist unter diesen Bedingungen eine weltmarkt-vermittelte Landnahme und zwar durch monokulturelle Plantagen wie durch den kleinbäuerlichen Kontraktanbau: der Norden gewinnt Land für seine Versorgung, der Süden verliert Land. Vandana Shiva (2002) hat für Indien berechnet, dass jedem Dollar, der mit dem Export von Fleisch, Blumen oder Krabben verdient wird, ein ökologischer Schaden oder ein Wertverlust für die einheimische Ökonomie in Höhe von fünf bis zehn Dollars gegenübersteht. Der wohlhabende Norden lagert die ökologischen und sozialen Kosten seiner Versorgung in Form von Umweltzerstörung und Ausbeutung von Billigst-

arbeitskräften ohne Bereitstellung sozialer und ökologischer Sicherungsnetze aus den eigenen Gesellschaften aus. Er zahlt nicht für ausgelaugte Böden und Erosion, für Grundwasserverunreinigung und durch Agrargifte verpestete Gewässer. Und genauso wenig für die kaputten Rücken und Gesundheitsschäden, unter denen die Bäuerinnen und LandarbeiterInnen infolge des Chemieeinsatzes und der Knochenarbeit leiden.

Wegen eines Überangebots und verdichteter Standortkonkurrenz der klassischen Exportprodukte Kaffee, Baumwolle und Erdnüsse sinken die Weltmarktpreise. Kaffee-Erzeugerinnen von Kenia bis Honduras versuchen den Preisverfall aufzufangen, indem sie den Anbau ausdehnen und intensivieren, mit immer mehr Pestizideinsatz und immer weniger Anbau für die Selbstversorgung. Gleichzeitig verfügen sie über weniger Kaufkraft, um importierte Lebensmittel zu erwerben. Auf diese Weise höhlt die Umstellung agrarwirtschaftlicher Produktion von der Binnenmarktorientierung auf die Exportproduktion die Ernährungssicherung systematisch aus (Pesticide Action Network 2002).

Nachdem die Liberalisierung des Agrarsektors die lokale Kapazität zur Nahrungssicherheit torpediert hat, setzt sich ein neues Konzept von Ernährungssicherung durch: der Weltmarkt soll die Ernährung allüberall sichern. Der Kampf gegen Hunger und Mangelernährung soll nicht von den einheimischen Böden ausgehen, sondern über Export- und Importgeschäfte erfolgen. Dabei ist seit kolonialen Zeiten ein Zusammenhang zwischen dem wachsenden Anbau für den Export und sinkender Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln belegt (Shiva 2002). So sank z.B. in sechs afrikanischen Ländern südlich der Sahara unter den Strukturanpassungsauflagen der Weltbank innerhalb eines Jahrzehnts die Pro-Kopf Getreideproduktion um ein Drittel und die gesamte Nahrungsmittelproduktion um 20 Prozent pro Person. Derweil wurde der Exportanbau ausgedehnt. Versorgung mit dem Lebensnotwendigen über den Weltmarkt macht es den lokalen Konsumenten jedoch unmöglich, auf die Produktionsbedingungen und die Preisbildung Einfluss zu nehmen und bedeutet eine Erhöhung von ökologischen und Qualitätsrisiken. Die alarmierende Nachricht des Welthungerberichts 2003 der FAO, dass die Zahl der Hungernden weltweit steigt und das Ziel des Welternährungsgipfels von 1996, die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 zu halbieren, nicht mehr erreichbar sei, beweist einmal mehr die Erfolglosigkeit der Hungerbekämpfung vermittelt über den Weltmarkt und die Agro-Industrialisierung.

Im Norden ist das Konzept der Ernährungssicherung vermittelt über den Weltmarkt und eine Industrialisierung der Agrarproduktion genauso wenig tragfähig wie auch sozial und ökologisch ebenso wenig nachhaltig wie im Süden. Die Serie von Lebensmittelskandalen in den vergangenen Jahren bedeutet Ernährungsunsicherheit statt Sicherheit und Qualität. Sie signalisieren, dass es ein folgenschwerer Strukturfehler ist, die Prinzipien der Industrie – Intensivierung,

Effizienz, Produktivitätssteigerung – geradewegs auf die Landwirtschaft und damit auf den Wirtschaftssektor zu übertragen, wo Wertschöpfung weitgehend auf Naturprozessen und gesellschaftlicher Naturnutzung beruht. BSE ist zum Symbol dafür geworden, wie die Industrialisierung der Agrarproduktion der Natur zuwiderhandelt, wenn sie alles kommerzialisiert, in die Verwertung einbezieht und glaubt, die Natur vollständig technischer und wissenschaftlicher Machbarkeit unterwerfen zu können. Die Produktion gerät außer Kontrolle und endet in einer kompletten Ernährungsverunsicherung, im BSE-Fall gar wortwörtlich im Wahnsinn.

Dabei verstärkt sich der Verantwortungsdruck auf Frauen als diejenigen, die in den Privathaushalten unmittelbar für die Versorgung mit Nahrung zuständig sind. Frauen als das Scharnier zwischen Warenangebot und privatem Konsum baden die Gefährdung am Ende der Nahrungskette aus. Als Sisyphosarbeiterin alltäglicher Ernährung und Gesundheit entscheiden sie, welches Fleisch sie in der Endlosserie von Futtermittelskandalen noch auf den Mittagstisch bringen. Sie stehen in der Verantwortung, Lebensmittel verbraucher-, gesundheits- und umweltbewusst auszuwählen, und sind gefordert, jeden Skandal des industriellen Produktionssystems privat aufzufangen und auszugleichen.

Gegen das neoliberale, über den Weltmarkt vermittelte Konzept von Ernährungssicherheit stellen *La Via Campesina*, ein internationales Netzwerk von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, und FIAN das Konzept der Ernährungssouveränität. Ausgehend von einem Menschenrecht auf Nahrung stellt dieses Konzept die Bedingungen, sich selbst ernähren zu können, ins Zentrum, nämlich Zugang zu Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut und Know-how. Deswegen wird zu allererst eine globale Agrarreform durch Umverteilung gefordert, die auch Geschlechtergerechtigkeit als normativen Referenzrahmen hat.

Neuverteilung von Eigentum

They hang the man and flog the woman
That steal the goose from off the common,
But let the greater villain loose
That steals the common from the goose.

The law demands that we atone
When we take things we do not own,
But leaves the lord and ladies fine
Who take things that are yours and mine.

English Nursery Rhyme ca 1764

Die neoliberale Globalisierung führen zu einer weiteren Ökonomisierung und Neuverteilung von Ressourceneigentum. Da Eigentumsverteilung immer eine abhängige Variable von Machtverhältnissen ist, stellt sich die Frage nach sozialer und Geschlechtergerechtigkeit auch hier immer neu.

Die Armen – und nach UN-Angaben sind weltweit 70 Prozent der Armen weiblichen Geschlechts – sind, weil sie arm an Ressourcen, Einkommen und Macht sind, in besonderem Maße auf Gemeinschaftsgüter (*commons*) und auf öffentliche Güter (*public goods)* zur Lebensabsicherung angewiesen: die landlosen Kleinbäuerinnen, die ihre Ziegen am Wegesrand grasen lassen und im Wald Feuerholz oder Nüsse zum Ölpressen sammeln, die Fischer, die in Mangrovensümpfen Krebse fangen und Muschelkalk zum Hausbau benutzen, die Frauen, die Wasser aus einem Teich oder Bach holen, weil sie keinen eigenen Brunnen haben oder die steigenden Preise der städtischen- oder privaten Wasserversorger nicht zahlen können, die Straßenhändlerinnen, die auf den Bürgersteigen oder staubigen Wegkreuzungen ihre Waren anbieten, die Slumbewohnerinnen, die auf den Mittelstreifen vielbefahrener Straßen der Metropolen Kohl anbauen.

Unter den Bedingungen von Liberalisierung und Privatisierung wird der öffentliche Zugang zu solchen Gütern immer weiter eingeschränkt, durch Umweltdegradierung werden Ressourcen knapper. Gemeinschaftsgüter wie Brach- und Weideland, Inland- und Küstengewässer und Gemeindewälder, die existenzsichernd für die Armen sind, werden ihnen im Wortsinn durch Privatisierung unter den Füßen und aus den Händen weggezogen. Einheimische Eliten und ausländische Investoren greifen verschärft nach Land, Biodiversität und Wasser, während es für die Macht- und Geldarmen schwerer wird, zu Eigentumsrechten an Ressourcen zu kommen, wie auch zu entsprechender

Kontrollmacht und Entscheidungsbefugnissen. Regierungen setzten häufig Land- und Agrarreformen aus, die nach dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit Großgrundbesitz und brachliegende Ländereien umverteilen sollten. Die Weltbank unterstützt „Bodenmärkte“ und einen marktvermittelten Zugang der bisher Landlosen oder Landarmen zu Boden: mithilfe von Krediten können sie sich Land kaufen. Um diesen Kredit zurückzahlen zu können, sind die neuen LandbesitzerInnen gezwungen, möglichst intensiv, effizient und gewinnträchtig für den Markt zu produzieren (Weltbank 2002:38).

Biodiversität und Mischkulturen waren in überbrachten Agrarwirtschaftssystemen die beste Risikoversicherung gegen die Unbill der Natur und des Wetters und entscheidende Faktoren, um agrarische Ökosysteme stabil zu halten. Es gehörte zu den herkömmlichen Überlebensstrategien, nicht nur ein Nutzungsstandbein zu haben, sondern Agrar-, Forst-, Vieh- und Fischwirtschaft zwecks Risikoausgleich zu integrieren. Jede monokulturelle, industrielle Produktion muss auf Dauer die Homöostase agrarischer Ökosysteme aushöhlen und damit Lebensabsicherung und Ernährungssouveränität zerstören (Egziabher 2002).

Frauen waren überall für die Selektion und das Lagern von Saatgut und die Pflanzenzüchtung zuständig, und somit als Garantinnen von Biodiversität tätig, die Lebensabsicherung gewährleistete. Patrilokalität und das Wegheiraten von Frauen in andere Dörfer oder Regionen spielte z.B. im südlichen Afrika eine bedeutende Rolle bei der Weiterentwicklung, Kreuzung und dem Tausch von Landsorten, spezifische Kommunikationskanäle von Frauen sichern die Weitervermittlung. Das Wissen und die Kontrolle über das Saatgut begründete eine lokale Macht der Frauen, die durch den Import von Saatgut von außen und die Kommerzialisierung unterminiert wird. Ihr überbrachtes, ressourcenbezogenes Wissen erscheint als überflüssig und wertlos, mehr noch: ihre Kenntnisse und Fähigkeiten stehen einer industriellen marktförmigen Weise der Ressourcennutzung entgegen. Sie erscheinen als Grund für den Mangel an Produktivität und Marktintegration. „Traditionelles“ Wissen und weibliche Nutzungsformen gelten als Problemursache, „modernes“ marktvermitteltes Know How und industrialisierte Anbauweise als Problemlösung.

Der Zugang zu und die Nutzung genetischer Ressourcen und das überbrachte Wissen darüber sind nun zwischen zwei Rechtsregime geraten: die UN-Biodiversitätskonvention und das WTO-Abkommen zur Patentierung von geistigem Eigentum. Lokal gesicherte und national kodifizierte Rechte der Ressourcennutzung werden hierarchisch überwölbt durch multilaterale rechtsverbindliche Vereinbarungen. Mit dem TRIPS-Abkommen hat die WTO ein transnationales Rechtsinstrument zur Enteignung und Neuaneignung von Ressourcen durch von außen kommende Nutzer, vor allem die Agro- und Pharmaindustrie, und zur fortschreitenden Kommerzialisierung der Natur bis ins Nano geschaffen (Ribeiro 2002). „Biopiraterie“ und direkten Raub an den

Produktionsmitteln und den überbrachten Kenntnissen der Frauen durch Konzerne nennt die indische Umweltexpertin Vandana Shiva das Patent, das die US-amerikanische Firma RiceTec 1997 auf Basmati Reis erwarb. Basmati ist eine von hunderten Reissorten, die von indischen Bäuerinnen über Generationen ökologisch angepasst gezüchtet, weiterentwickelt und getauscht wurden. Ein ähnlicher Fall von Diebstahl von lebenden Organismen und kollektivem Wissen direkt aus der Hausapotheke jeder Frau in südindischen Dörfern stellt die Patentierung von Bestandteilen des Neem-Baums dar, die als Desinfektions- und Zahnputzmittel, zur Behandlung von Hauterkrankungen, Wurmbefall, Darm- und fiebriger Erkrankungen und auch als Pestizid genutzt werden.

Zwar entziehen sich auch die Biodiversitätskonvention und ihre Protokolle nicht den monetären Verwertungszusammenhängen, aber sie suchen unter Bezugnahme auf national-staatliche Souveränität nach Wegen, den Artenschutz und das Prinzip der Gerechtigkeit durch Vorteilsausgleich zu verbinden, die Vermarktung durch Regeln des Teilens und Verteilens des öffentlichen Guts Biodiversität zu steuern. Außerdem anerkennen sie die herausragende Bedeutung der dezentralen Dorfgemeinschaften für die Nutzung und Erhaltung von Biodiversität (Egziabher 2002). Dagegen ist TRIPS eine nachträgliche Legimitation und Weißwäsche eines Eigentumdelikts, das sich über die ethische und Rechtsfrage, ob die genetischen Ressourcen *Commons*, Gemeinschaftsgut der lokalen Gemeinschaften oder der Nationalstaaten sind, schlicht hinwegsetzt.

Bei der Formulierung und Verabschiedung des Protokolls zu *Biosafety* wurden international verbindliche Sicherheitsstandards für die Weitergabe, den transnationalen Handel und die Verwendung von gentechnisch manipulierten Organismen festgelegt, um die menschliche Gesundheit, die Biodiversität und andere Organismen vor Kontamination zu schützen. Erstmals wurde in einem multilateralen Umweltabkommen das Vorsorgeprinzip festgeschrieben. Es erlaubt Regierungen, Schutzmaßnahmen wie ein Importverbot ohne endgültigen wissenschaftlichen Beweis negativer Auswirkungen von Gentechnik zu veranlassen. Außerdem wurde im *Biosafety*-Protokoll ein umfassendes Informationsrecht des Importlandes über mögliche Risiken festgelegt. Diese Regelung ist gerade für viele Länder des Südens wichtig, die nicht über ausreichende Kapazitäten für eine Bewertung solcher Gefahren verfügen. Für die Verankerung des Vorsorgeprinzips lobbyierten u.a. die Expertinnen des internationalen Frauennetzwerks *Diverse Women for Diversity* und definierten es als „weibliches Prinzip“ (DWD-Expertin Christine von Weizsäcker).

Dagegen zeigt sich am aktuellen Streitfall über die Zulassung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel zwischen den USA und der EU vor der Schlichtungsstelle der WTO, wie diese sich unter dem Freihandelsvorbehalt zum Wegbereiter und rechtlichen Legitimator für die Verbreitung der Ware ‚genmanipulierter Organismus’ gegen das Vorsorgeprinzip macht. Hier zeigt sich einmal mehr die institutionelle und normative Überlegenheit des Rechtsregimes des Freihandels.

Lokale Vielfalt gegen globale Einfalt

NGOs in Afrika, Asien und Lateinamerika haben sich als Aufgabe gesetzt, die in der Biodiversitätskonvention und dem Protokoll zu biologischer Sicherheit festgelegten Regeln in nationale Gesetzgebung und in Basisprogramme zu übersetzen. Damit lösen sie als erstes ein Recht auf Information ein, indem sie sowohl lokale Gemeinschaften, vor allem Bauern und Bäuerinnen, als auch zuständige Regierungsangestellte, denen es häufig an Information und Sachkompetenz fehlt, über multilaterale Regelwerke aufklären. Zum zweiten schaffen sie eine Rechtsgrundlage zur Wahrung und Sicherung der vielfältigen genetischen *Commons*.

Mit dem Konzept der *Farmers' Rights*, dem Recht von Landwirten und -wirtinnen an den einheimischen Sorten und ihrem Saatgut ist in Afrika versucht worden, Gemeinschaftsrechte als Ausnahme von dem WTO-regulierten Patenschutzsystem umzusetzen. Es wurde eine Modellgesetzgebung zur Biodiversität entworfen, in der kleinbäuerliche Betriebe von den TRIPS-Regelungen ausgenommen werden und der Schutz indigener Pflanzen und indigenen bäuerlichen Wissens ohne Patentierung festgeschrieben wird. Es gelang damit, Gewohnheitsrechte gegen WTO-Patentrechte festzuschreiben und auf diese Weise traditionelle Rechtsgüter vor der Unterordnung unter das Freihandelsabkommen zu bewahren (Egziabher 2002).

In Saatgutbewegungen in Indien und im südlichen Afrika sammeln Bäuerinnen in der jeweiligen Region Saatgut, nehmen selbst in situ biologische Charakterisierung, Forschung und qualitativ hochwertige Saatgutvermehrung vor, richten kollektive Saatgutbanken ein und organisieren Saatgutfestivals mit Tauschbörsen für Wissen und Saatgut (eed 2002). Diese Praktiken bilden und beweisen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, biologische Vielfalt zu erhalten und marktunabhängig zu vermehren. Gleichzeitig sind diese Basisbewegungen auch aktive und artikulierte Anti-GMO-Bewegungen und wenden sich gezielt gegen die Politik von Agro-Multis wie Monsanto.

„Traditionelles Wissen" ist in diesen Reproduktionszusammenhängen ein „konstituierendes Element von Lebensräumen" (Kuppe 2002:116) und eine zentrale Ressource der Lebensabsicherung. Es vermittelt die Handlungsstrategien zum Überleben und die je aktuellen Lebensrisiken zur lokalen Ressourcenvielfalt, die integrierte und gemischte Ressourcennutzung, die keineswegs so beliebig ist wie das Bild von Kraut und Rüben missinterpretiert, zur Stabilität der Ökosysteme. In der Phase der agroindustriellen Modernisierung im Zeichen der „grünen Revolution" wurde das lokal generierte, ressourcenspezifische Erfahrungswissen von Frauen zunächst übergangen und als unnütz für die neuen schnellen Produktions- und Verwertungszusammenhänge deklassiert. Unter den Vorzeichen neoliberaler Globalisierung wird jedoch gerade dieses in-situ-Wissen wie die lokale Biodiversität selbst zum Objekt von selektiven Vermarktungs- und

Verwertungsbegierden. Das Freihandelsprinzip besteht darin, einen Markt- und Unternehmerzugang auch noch zur letzten „unerschlossenen“ Ressource zu schaffen und sie ebenso wie das mit ihr verbundene Nutzungs-Know-How in Waren auf grenzüberschreitenden Märkten zu verwandeln. Mit den begehrten genetischen Ressourcen stehlen Experten verwertungsorientiert auch das lokale Nutzungswissen.

Die neoliberale Globalisierung forciert mit TRIPS als Handelsrahmen die von Kuppe (2002) für den Kolonialismus beschriebene Zerstörung der über Wissen vermittelten Bindung zwischen indigenen Völkern und ihren Ressourcen. Sie zerstört durch Selektion von verwertbaren und handelbaren Kenntnissen, die dann die Märkte monopolisieren, die Vielfalt lokaler Wissenssysteme. Die Aneignung und Patentierung von Wissenspartikeln durch Agro- und Pharmakonzerne löst diese aus ihrem räumlichen und sozialen Eingebundenheit heraus und versucht, sie dekontextualisiert weiterzugeben und übertragbar zu machen. Diese Abstraktion von der konkreten Anwendungspraxis und die Privatisierung des öffentlichen Guts und kollektiven Überlebenskapitals Wissen stehen im Gegensatz zum gemeinwesenorientierten Wissenskonzept in den lokalen Gemeinschaften.

Gegen das Auslöschen und den Diebstahl traditionellen Wissens organisieren NGOs und Basisbewegungen deshalb in lokalen Gemeinschaften Bildungsarbeit als Erinnerungsarbeit, um überbrachte Kenntnisse und tradierte Fähigkeiten, die in kollektive Vergessenheit zu geraten drohen, zu erhalten, z.B. über indigene Pflanzen- und Baumsorten und Methoden der Saatgutvermehrung. Mit der Reaktivierung und Weitervermittlung indigener Wissenssysteme, ist eine Aufwertung dieser Kenntnisse gegenüber modernem Know-how und ein Empowerment mit souveränen Fähigkeiten verbunden, um das eigene Überleben und die Ernährung zu sichern. Dazu ist auch eine Anpassungsleistung an die veränderten Ressourcen- und Umweltbedingungen notwendig, die über die polarisierende Wertung von lokalem Wissen und indigener Naturbewirtschaftung als Problemursache oder Problemlösung hinausgeht, Kenntnisse weiterentwickelt und mit neuen Elementen hybridisiert. [4]

Im südlichen Afrika verlangt ein Netzwerk um die NGO CTDT, in Indien fordert die *Coalition in Defense of Diversity* und in Südasien ein Netzwerk für Ernährung, Ökologie und Kultur SANFEC – um nur einige Beispiele zu nennen – von den Regierungen und multilateralen Institutionen den Schutz der Saatgut- und Wissensvielfalt, damit das Recht auf Nahrung, auf Gesundheit und selbstregulierte Überlebensökonomien lokaler Gemeinschaften nicht privatwirtschaftlichen Interessen und dem Freihandelsregime geopfert werden. Diese Kämpfe für

[4] *Cause or Cure*, Wurzel oder Heilung des Übels ist ein immer wiederkehrender Erklärungstopos in Bezug auf Traditionen, überbrachtes Wissen und lokale Kulturen, vgl. zum kulturwissenschaftlichen Diskurs: Vavrus 2002

den Erhalt der biologischen und kulturellen Diversität als Basisressource für die Vielfalt von Überlebenspraktiken und lokalen Wirtschaftskreisläufen sind nicht nur Abwehrkämpfe gegen die Monopolbildung von Hybrid- oder gentechnisch verändertem Saatgut, von patentiertem und universalisiertem Expertenwissen, sondern auch Abwehrkämpfe gegen das Freihandelsmodell als universalisierte Form des Wirtschaftens und der Lebensabsicherung.

Ein Beispiel dafür, wie aus dem neoliberalen Entwicklungsmodell abgeleitete Werte die lokale Vielfalt der Naturbewirtschaftung zerstören, wenn sie mit allgemeinen Geltungs- und Anwendungsansprüchen durchgesetzt werden, zeigt die Neuordnung von Raum und Ressourcen durch Staudammbau. Beispiel: das „Bewässerungsprojekt“ am Songkhram-Fluss im Nordosten Thailands. Für die lokalen Gemeinschaften im Gebiet des Songkhram in Isaan ist eine zeitweise Überflutung in jedem Jahr Voraussetzung für ihren Reichtum an Fischressourcen und an Bodenfruchtbarkeit. In der Logik der Entwicklungsplaner und Technokraten in den Ministerien in Bangkok ist Überschwemmung immer und überall schlecht und der Wechsel von Überflutung und Trockenheit ein Hindernis für effiziente Ressourcennutzung, das durch regulierende Eingriffe, nämlich Staudämme, zu vermeiden ist. Hauptzweck des Staudammbaus ist, den *Cash Crop*-Anbau durch Bewässerung in der Trockenzeit zu forcieren und die Region für Investoren der Agroindustrie sowie der Holzverarbeitungs- und Papierindustrie, die ihre Eukalyptusplantagen in die Region expandieren wollen, attraktiv zu machen. Effizienz ist hier gemäß den Industrienormen der Privatwirtschaft definiert und bedeutet eine nicht durch Naturzyklen unterbrochene markt- und profitgerichtete Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser, Effizienz wird nicht am Maßstab des Ressourcenreichtums und seiner Nutzung durch die lokale Bevölkerung gemessen.

Die Fischüberschüsse im Songkhram erlaubt es den Frauen, einen Teil der Fänge fermentieren zu lassen und zu der für die thailändische Küche wichtigen Fischpaste zu verarbeiten. Der Staudamm würde den Fischreichtum zerstören und damit die Fischpaste. Deshalb wurde sie von den dörflichen Gemeinschaften zum zentralen Kultursymbol der Region aufgewertet und als Inbegriff lokaler kultureller und ökonomischer Eigenständigkeit gegenüber der von außen kommenden Entwicklung konstruiert, die lokale Ressourcen und kleinräumige Ökonomien zunehmend in den Weltmarkt einbinden will. Was der Roquefort als Symbol französischer Authentizität gegenüber der Globalisierung ist, das ist im Isaan der fermentierte Fisch (Mutter/Töpfer/Wichterich 2002:286 ff.). Damit nehmen sich die lokalen Gemeinschaften auch die Definitionsmacht, was ökonomische und ökologische Effizienz ist und was kulturellen Wert hat.

5 Zu Rechten kommen: Multiple Strategien, aktuelle Diskurse, Mehr-Ebenen-Kämpfe

„Die Ökologiefrage ist eine Demokratiefrage“
NGOs aus dem südlichen Afrika im Vorfeld des WSSD 2002 in Johannesburg

Wie aber können lokale Gemeinschaften, dezentrale Wirtschaftseinheiten, die Indigenen und Frauen als machtarme Gruppen Anspruchs-, Zugangs- und Verfügungsrechte über die Ressourcen in lokalen Ökosystemen gewinnen oder zurückgewinnen (Heinrich Böll Stiftung 2002)? Wie sind *Livelihood*-Rechte konkret zu definieren? Auf welcher politischen Ebene kann ein demokratischer, sozial gerechter und wirkungskräftiger Rechts- und Regelungsrahmen dafür aufgebaut werden, dass lokale Gemeinschaften, Indigene, Arme und Frauen zu ihren *Livelihood*-Rechten kommen?

Von einem mehrdimensionalen feministischen Politik- und Demokratieverständnis her, das die Dichotomie von Privatheit und Öffentlichkeit, von Lokalem und Globalem überwinden will, versteht sich, dass Kämpfe für Anerkennung und Umverteilung von Rechten auf vielen Ebenen stattfinden müssen. Feminismus hat immer im Persönlichen und Privaten angesetzt und war gleichzeitig auch ein globales Konzept. Ausgehend von Küchen und Betten hat feministische Politik gesellschaftliche Institutionen bis zum Staat durchkämmt und Geschlechterverhältnisse ebenso auf die Agenda der UN, des Menschenrechtsregimes sowie anderer multilateraler Institutionen gesetzt.

Um den systemischen Grundkonsens über bestehende Ungleichheiten für Verhandlungen zu öffnen und zu revidieren, reicht es nicht, die Ungleichen formal mit gleichen Rechten auszustatten. Es gilt neue politische Kulturen zu erfinden und in „deliberativen“ Demokratieformen, in denen nach Benhabib (2000) auch private Verhältnisse verhandelt werden können, Rechte neu zu definieren, Akzeptanz für Umverteilung herzustellen und praktische, unmittelbare Überlebensinteressen mit strategischen Interessen an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit ins Gleichgewicht zu setzen.

Feministinnen haben sich in ihrem Denken und Handeln nicht auf die Suche nach dem einen großen globalen Gegenentwurf zur ressourcenausbeuterischen, wachstumsorientierten Globalisierung gemacht, sondern sondieren vielmehr dezentrale Alternativen. Grundannahme ist, dass eine Vielfalt von Wirtschaftsformen und Naturverhältnissen, von Kulturen und sozialer Gerechtigkeit nicht nur möglich,

sondern auch notwendig ist. Soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit muss situativ lokal und global definiert werden. Anknüpfungspunkte für feministische Ökonomie- und Ökologieansätze bieten sich in Post-Development- und Deglobalisierungskonzepten, die zwar bisher auch noch geschlechterblind sind, aber auf lokale Kreislaufökonomien orientieren und die normative Messlatte der Gerechtigkeit „unten", an der Basis bei den Rechten und Bedürfnissen der Macht-, Ressourcen- und Einkommensarmen ansetzen.

Die folgenden drei Beispiele fokussieren zunächst politische Handlungsoptionen, die kontrapunktisch zur Globalisierung in lokalen oder regionalen Räumen und Zeitdimensionen ansetzen. Dabei sind jedoch durch Regularien und normative Vorgaben auf der *Global Governance* Ebene und deren Übersetzung in nationalstaatliche Gesetzgebung oder Politikmaßnahmen die Räume und Möglichkeiten geöffnet, Gegenakzente gegen den neoliberalen *Mainstream*, die Standortlogik und nicht-nachhaltige Entwicklung von außen und oben zu setzen. Ob aus diesen Akzentsetzungen alternative Praktiken, Gegenmacht oder Gegenmodelle abgeleitet werden, hängt davon ab, wie auf dieser Ebene eine Rechtssouveränität und Justiziabilität im Interesse einkommens-, ressourcen- und machtarmer Gruppen durchgesetzt und gegen das Rechtsregime des Freihandels geschützt werden kann.

Die Rio-Konferenz setzte den Rahmen für eine grundlegende Reform der Gesetzgebung zum Umweltschutz z.B. in Thailand, in der die öffentliche Beteiligung am Management nationaler Ressourcen und der Umwelt festgeschrieben wurde (Mutter/Töpfer/Wichterich 2002:286 ff.). Auf diesem Hintergrund entwickelten NGOs zusammen mit lokalen Gemeinschaften einen Katalog von Gemeinschaftsrechten zur Sicherung von Lebensgrundlagen.

- Recht auf kulturelle Eigenständigkeit und Schutz lokaler Kulturen und lokalen Wissens
- Recht auf lokale Selbstverwaltung (freie Meinung, Versammlung und Organisierung)
- Recht auf Teilhabe an politischen Entscheidungen
- Recht auf selbstregulierte Wirtschaftszusammenhänge
- Recht auf Nutzung und Management der lokalen natürlichen Ressourcen
- Recht auf Information (transparente und partizipative Umweltverträglichkeitsprüfungen)

Diesem Komplex interdependenter Rechte liegt ein Konzept von Lokalisierung zugrunde, für das Demokratisierung, Dezentralisierung und Partizipationsrechte, die in der neuen thailändischen Verfassung verankert sind, den entscheidenden Referenzrahmen darstellen. Während die alten Gemeinschaftsgüter der lokalen Bevölkerung, die natürlichen *Commons*, durch Privatisierung verloren gehen, wird mithilfe der neu definierten Kollektivrechte der Rückgewinn und die Neukonstruktion von Gemeinschaftsgütern angestrebt (Mutter/Töpfer/Wichterich

2002:298 ff.). Eine ähnliche Funktion zur Sicherung nachhaltiger Lebensgrundlagen hat die Festschreibung von *Farmers' Rights*.

In Äthiopien arbeitet die NGO Hundee (Graswurzel) in ressourcenarmen Oromo Gemeinden zur Regeneration der vor allem durch Abholzung völlig degradierten Umwelt mit Baumschulen für indigene, vom Aussterben bedrohte Spezies und Aufforstungsinitiativen, weil die lokale Bevölkerung auf den Anbau schnell vermarktbarer Spezies wie Eukalyptus umgestellt hat. Hundee's Konzept besteht darin, an Gewohnheitsrechte und -regeln anzuknüpfen, mit denen die lokalen Gemeinschaften vor der Intervention des Nationalstaates als Ressourcen- und Entwicklungsmanager ihre Handlungszusammenhänge, sozialen und Naturverhältnisse ordnete. Verantwortung und *Ownership* für die Regeneration der lokalen Überlebensgrundlagen obliegen den einzelnen Haushalten und neu gegründeten Umweltclubs vor allem von Jugendlichen. In den Baumpflanzungen wird das praktische Interesse der lokalen Bevölkerung an Einkommenserwerb mit dem strategischen Interesse am Erhalt der reichen Biodiversität verknüpft. Zuvor war das staatlich verordnete Konzept von „Gemeindewäldern" gescheitert, weil freier Zugang und freie Nutzung erlaubt, die Frage der Ressourcenpflege jedoch nicht geregelt worden war (Mutter/Töpfer/Wichterich 2002:135).

Hundee reflektiert mit den lokalen Gemeinschaften ihr Gewohnheitsrecht als selbstkonstruiertes Regel- und Ordnungsregime. Diskussionsforen werden zunächst getrennt für Männer und Frauen und dann gemeinsam durchgeführt. Älteste werden als Experten des Gewohnheitsrechts einbezogen, herkömmliche Regeln und Riten als sozial konstruiert und historisch veränderbar analysiert, um dann schließlich in einer feierlichen Zeremonie unter Beteiligung traditioneller Autoritäten sowie von Vertretern der kommunalen Verwaltung und der Polizei ein neues Gewohnheitsrecht festzulegen, das gleichheits- und gerechtigkeitsorientiert ist. Diese demokratische Neuerfindung von Gewohnheitsrechten z.B. zum Schutz indigener Baumspezies, Landrechte, Schutz vor Heirat durch Brautraub und Schutz vor Genitalverstümmelung von Mädchen hat Modellcharakter für gesellschaftsverändernde Arbeit (Mutter/Töpfer/Wichterich 2002:264).

Verfügungsrechte über Ressourcen stellen die entscheidende Säule in der Versorgungssicherheit dar. In Jinja am Viktoriasee in Uganda erkämpfte eine Gruppe von 500 Frauen, für die die Sümpfe entlang des Sees wertvolle Pflanzen- und Fischressource, aber auch Trinkwasserreservoir sind, ein Gesetz, das ihnen Rechte im Sinne einer Treuhandschaft an 3 km^2 Ufersumpf gibt. Das Wasserversorgungsunternehmen darf nur gegen Abgaben Abwässer durch das von den Frauen verwaltete Gebiet leiten. Außerdem darf kein Staudamm gebaut werden, der die Sümpfe überfluten würde. Die Einführung dieses Gesetzes war nach siebenjährigen Verhandlungen möglich, weil Uganda nach der Rio-Konferenz ein fortschrittliches Umweltrecht einführte, das lokalen Gemeinschaften ein Recht an intakter Umwelt und ein Klagerecht bei Umwelt und Ressourcenschädigung

einräumt. Zusätzlich erkannte Uganda in seinem neuen Bodenrecht von 1998 die traditionellen Landnutzungsrechte von Frauen an (Wacker 2002).

Zur Absicherung solcher Gemeinschaftsrechte und -güter von der Ebene der Global Governance her forderte das Jo`burg Memorandum (2002), dass der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ein „UN-Abkommen zu Gemeinschaftsrechten an Ressourcen“ und eine Globalisierung der (bisher auf Europa beschränkten) Arhus-Konvention auf den Weg bringen soll, die den Zugang zu Information, Partizipation an Entscheidungen und zu Gerechtigkeit in Umweltangelegenheiten anstrebt.

Dezentralisierungskonzepte, die auf Partizipation, die demokratischen Potentiale und die Selbstorganisierungskapazitäten von „the people“, lokalen und indigenen Gemeinschaften, Frauen oder marginalisierten Gruppen als politische, ökonomische und ökologische Akteure setzen, laufen allerdings häufig Gefahr, präkoloniale oder präglobale Arbeits- und Lebenszusammenhänge zu romantisieren und innere Herrschaftsgefüge und Interessenkonflikte zu unterschätzen (vgl. Agarwals Kritik an Shiva 1992). Die feministische Kritik an der Ausblendung von Macht- und Konfliktstrukturen in den Geschlechterverhältnissen ist hier ein Ansatzpunkt, um die harmonisierende Homogenisierung sozialer „Einheiten“ zu entzerren.

Partizipations- und Dezentralisierungsansätze, die in Entwicklungsprogrammen darauf zielen, dass „Nutzergruppen“ die Bewältigung von Armuts- und Umweltproblemen selbst steuern und sich aneignen (ownership), d.h. Verantwortung übernehmen, sind immer noch überwiegend geschlechterblind und blenden Interessendivergenzen zwischen Männern und Frauen aus. Oder aber, wenn sie sich auf Frauen(-gruppen) als die viel gepriesenen Schlüsselgestalten der Armutsbekämpfung und Ressourcenschonung an der Basis beziehen, unterstellen sie Frauen als eine homogene „Nutzergruppe“ (Lachenmann 2001:258 f.). Es führt jedoch kein Weg daran vorbei, die neo-gramscische Durchleuchtung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Interessengegensätze und soziale Auseinandersetzungen hin auch auf Frauenzusammenhänge anzuwenden und beim Aushandeln von Zugangs- und Verfügungsrechten über *Livelihood*-Ressourcen in Rechnung zu stellen.

Der feministische Politikbegriff, der auch das Private zum Politikum und Öffentlichen macht, kann als Ansatz genutzt werden, um die „Schlüsselbereiche von Macht“ (Held 1995:177 ff.) von unten nach oben, vom Haushalt, über das Dorf oder den Stadtteil, die Provinz und die Region für demokratische Neuaushandlung und Regulierung zu öffnen. Das Lokale als zeit- und ortsgebundenes Wurzelwerk des Gemeinwohls und der alltäglichen Versorgung ist der politische Ort, wo Frauen ihre Interessen an Lebensabsicherung und Vorsorge am ehesten in die demokratische Waagschale zwischen Marktinteressen und sozialer

Reproduktion werfen können. Überschaubare Gremien und Strukturen erscheinen am besten geeignet, um alternative Konzepte für die Ausübung von Macht, für andere Prioritätensetzungen und Umverteilungsregeln zu entwickeln. So setzen Frauen in der lokalen und Distrikt- Selbstverwaltung in Indien, für die seit 1993 durch eine Verfassungsänderung ein Drittel aller Sitze reserviert sind, neue Akzente für Entwicklung und das entsprechende Budget. Die neu gewonnene Macht bedeutet für sie, die Prioritäten auf Lebensabsicherung verschieben zu können und Probleme wie Trinkwasser-, Brennholz- und Bildungsversorgung anzugehen, die Männer zuvor nicht einmal thematisiert hatten.

Dabei haftet jeder Dezentralisierung die Ambivalenz von möglichem Selbstregieren und der staatlich gelenkten Abschiebung von Gemeinwohlpflichten in die „Eigenverantwortung" der Individuen und lokalen Gemeinschaften an. Die Finanzierung dezentraler Verwaltung, lokal selbständiger Entscheidungsfindung und der Durchführung entsprechender politischer Maßnahmen vor Ort ist der Lackmustest für die souveräne Macht von *Local Governance.*

Aktive Bürgerschaftlichkeit, wie sie in Porto Alegre jährlich von mehr als 100.000 BewohnerInnen in der Diskussion des Haushalts, der Bildungsinstitutionen und -inhalte, der Wasserversorgung, Straßen- und Wohnungsbau etc. praktiziert wird, ist ein Konstituens für den Aufbau von gemeinwohlorientierter und lebensabsichernder Gegenmacht gegen Konzernmacht und Freihandelsregime. Bürgerhaushalte, alternative Budgets, Gender Audits und Budgets sind Instrumente demokratischer Aufschlüsselung und der Kontrolle kommunaler und staatlicher Einnahme- und Ausgabenpolitik (Stiefel 2002). Ihre Möglichkeiten, budgetäre Prioritäten zugunsten der Lebensabsicherung und sozialer Umverteilung zu verschieben und das Soziale und Ökologische in die Ökonomie zu internalisieren und zu inhärenten Zielen des Wirtschaftens zu machen, sind allerdings bisher recht beschränkt. Paradigmatisch für die Interessengegensätze war in Porto Alegre die Auseinandersetzung über den Bau eines großen Supermarkts, der die lokalen EinzelhändlerInnen auszukonkurrieren drohte. Schließlich wurde die Niederlassung des Konzerns erlaubt, allerdings mit erheblichen sozialen und ökologischen Auflagen, von der Beschäftigung afrobrasilianischer und älterer DienstleisterInnen über die Abfallentsorgung bis zu hohen Abgaben an die Stadtverwaltung (Hübener 2002).

Für den Aufbau lokaler Gegengewichte gegen die neoliberale Globalisierung und die Absicherung von Livelihood-Rechten müssen von der Ebene der Global Governance wie von national-staatlicher Politik Ermöglichungsräume jenseits des Primats der Standortlogik und der Freihandelsrechte geöffnet werden. Dabei warnen Gibson und Graham davor, dass sich feministische Sicht- und Analyseweisen dem „globalozentrischen" Blick des Mainstream-Diskurses anschließen und damit die scheinbare Unausweichlichkeit, das TINA-Prinzip, einerseits und die dadurch hervorgerufenen Ohnmachtsgefühle in Bezug auf politische Inter-

vention oder gar Transformation andererseits bestätigen. „How might we get globalisation loose its erection“, provozieren Gibson und Graham (1996) den dominanten Topos der Durchdringung[5] oder der alles Lokale und Authentische plattmachenden Dampfwalze und den von Ökofeministinnen in ihrer Kritik von Naturwissenschaften und gesellschaftlichen Naturverhältnissen häufig benutzten Topos der Vergewaltigung.

Der *globalozentrische* Diskurs über die kapitalistisch-patriachale Penetration der Schwachen und Wehrlosen drängt die AkteurInnen in eine Opfer- und bloß reaktive Rolle (Marchand/Runyan 2001; Bergeron 2003) statt die inneren Widersprüche des Neoliberalismus und die Krisenhaftigkeit industriell-kapitalistischer Naturbewirtschaftung offenzulegen und als Chance zum Eingreifen zur Erlangung von Handlungsmacht zuzuspitzen. Das Globalistische und die Hegemonie des neoliberalen Konzernkapitalismus müssen *dekonstruiert* und der homogene Block des „Empires“ aufgeschlüsselt werden, um Widerstand und Transformationspotential an den nationalen oder lokalen Schwachstellen und Widersprüchen entwickeln zu können. Genau dies ist die Schnittfläche, wo feministische Ökonominnen und Umweltforscherinnen die Zusammenhänge zwischen Mikro- und Makroökonomie, zwischen sozialer Reproduktion und Nachhaltigkeit, zwischen industriell-kapitalistischer Naturnutzung und Umweltkrise bearbeiten (Rodenberg 2001). Aktionsorientiert ist dies aber auch die politische Schnittfläche hin zum Neuaushandeln von *Livelihood*-Rechten, von praktischen und strategischen Interessen der Lebensabsicherung, der Sicherung von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in all ihren Dimensionen unter der Prämisse, das Regeln, Regulieren und Verrechtlichen nicht dem Nationalstaat zu überlassen.

Gibson und Graham (2002) wenden sich entschieden gegen die Position von Hardt, Negri und anderen, dass Gegenmacht gegen die Macht der *Global Players* und gegen die Sachzwänge der globalisierten Märkte ebenfalls auf der globalen Ebene generiert werden muss und nur dort entwickelt werden kann. Sie lehnen ein binäres Modell von Lokalem und Globalem ab und fokussieren die Verwobenheit, die Vielfalt von Glokalisierungen und die Möglichkeiten, Gegengewichte und Alternativen auch auf der lokalen und der Basisebene anzusiedeln. Gerade die kulturwissenschaftliche Hybriditätsforschung verweist darauf, dass Globalisierung immer auch die Verschmelzung von Traditionsbestand und Modernität, von Indigenem und Fremdem, von Lokalem und Globalem ist.

Bergeron (2003) warnt davor, dass sich feministische Widerstandsstrategien „in der Debatte Nationalstaat versus globaler Kapitalismus“ erschöpfen. Tatsächlich kanalisiert sich feministische Neoliberalismusanalyse häufig in einen neokeynesianischen Tunnelblick von Globalisierung, wo die nationalen Regierungen als Licht am Ende des Tunnels erscheinen. Trotz des neoliberalen Umbaus der

[5] Arundhati Roy verglich Globalisierung in ihrer Rede zur Eröffnung des Weltsozialforums 2004 in Mumbai erneut mit einer Vergewaltigung.

Staaten von der Wohlfahrts- zur Wettbewerbsstaatlichkeit, trotz Sozialabbau und Deregulierung wird der Nationalstaat immer noch als Garant von Menschen-/ Frauenrechten und Gemeinwohl und entsprechend als potenzielle Gegenmacht gegen die neoliberalen Umstrukturierung von Wirtschaft, Naturverhältnissen und Gesellschaft in die Pflicht genommen (Molyneux/Razavi 2003; World Development 1995). Politische Intention ist, Regierungen nicht aus der Verantwortung zu entlassen, die sie sowohl als gewählte Repräsentation gesellschaftlicher Interessen als auch mit den Verpflichtungen durch völkerrechtlich verbindliche UN-Konventionen und durch Beschlüsse bei den UN-Konferenzen der neunziger Jahre übernommen haben. National-staatliche Regierungen bleiben, auch als diejenigen, die im Rahmen der WTO die Freihandelsabkommen aushandeln, zentrale Adressaten für Forderungen nach Reregulierung der Märkte und Protektionismus gegen die neoliberalen Sachzwänge und Durchdringungen.

Gleichzeitig steht außer Zweifel, dass die Globalisierung von sozialen, Reproduktions- und Umweltkrisen ebenso wie die Globalisierung des neoliberalen Systems mit transnationalem Widerstand und politischer Intervention auf der Ebene der *Global Governance* und bei multilateralen Institutionen und *Global Players* beantwortet werden müssen. Von dieser Ebene her müssen in der aktuellen Krise globaler Nachhaltigkeit ordnungspolitische Signale für Strukturveränderungen durch eine Reregulierung der globalen Märkte und normative Leitorientierungen für Vergesellschaftungsprozesse nach Maßgabe von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Lebensabsicherung und Gemeinwohl gesetzt werden.

Aus feministischer Sicht hat geschlechterdemokratische Mitmacht auf allen drei Ebenen demokratischer Governance, der lokalen, der national-staatlichen und der multilateralen, Hand in Hand zu gehen mit dem Aufbau von alterglobalistischer Gegenmacht. Dabei verschränken sich die feministischen Ziele, den auf struktureller Ungleichheit beruhenden neoliberal-patriarchalen Konsens aufzubrechen, Frauenrechte und Livelihood-Rechte zu globalisieren und Wirtschafts,- Natur- und Geschlechtererverhältnissen dementsprechend zu transformieren. Die Stärke feministischer Ökonomie- und Ökologieansätze liegt in der alltags- und politikpraktischen Verknüpfung der Ebenen (Marchand/Runyan 2001).

Literatur

Agarwal, Bina (1992): The Gender and Environment Debate: Lessons from India, in: Feminist Studies 18, No.1, 119/159

Altvater, Elmar/ Birgit Mahnkopf (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster

Bakker, Isabella (ed.) (1994): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy. London/New Jersey

Bennholdt/Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, München

Benhabib, Seyla (2000): Kuturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt

Bergeron, Suzanne (2003): Polit-ökonomische Diskurse über Globalisierung und feministische Politik, in: in: Scharenberg, Albrecht/Oliver Schmidtke (Hrsg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster, 55–78

Biesecker, Adelheid/ Maren Jochimsen/Ulrike Knobloch (1997): Vorsorgendes Wirtschaften, in: Ökologisches Wirtschaften, Dr.3–4, S. 7–9

Braidotti, Rose et. al. (1994): Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis, London

Braunmühl, Claudia (1989): Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe oder der real existierende Zynismus in der deutschen Entwicklungspolitik, in: Gruppe Feministischer Internationalismus (Hg.): Zwischen Staatshaushalt und Haushaltsksse. Frauen in der Weltwirtschaft, Hamburg, 267–280

Cameron, Jenny/ J.K.Gibson-Graham (2003): Feminizing the Economy: Metaphers, Strategies, Politics

Chambers, Robert (1988): Sustainable Livelihood, Environment and Development. Putting poor rural people first. Brighton

DAWN (1992): Environment and Development: Grass Roots Women's Perspective, Barbados

Collard, Andree mit Joyce Contrucci (1988): Die Mörder der Göttin leben noch. Rape of the Wild, München

Commonwealth Secretariat (1989): Engendering Adjustment for the 1990s, London

Connell, Robert W. (1995): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen

Davidson, Joan/ Irene Dankelman (1990): Frauen und Umwelt in den südlichen Kontinenten, Wuppertal

DAWN / Development Alternatives with Women for a New Era (1985): Development, Crisis, and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives, Stavanger

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): Globalisierung der Weltwirtschaft. Schlussbericht der Enquete-Kommission, Opladen

Dinnerstein, Dorothee (1989): Survival on Earth: The Meaning of Feminism, in: Plant, Judith (ed.): Healing the Wounds. The Promise of Ecofeminism, Philadelphia, 192–201

Dörr, Gisela (1993): Die Ökologisierung des Oikos, in: Schultz (Hg.), a.a.O., 65–81

eed (2002): Früchte der Vielfalt. Globale Gerechtigkeit und der Schutz traditionellen Wissens, Bonn

Elson, Diane (ed.) (1991): Male Bias in Development Process, Manchester/New York

Dies., (2002): International Financial Architecture: A View from the Kitchen, in: femina politica. Engendering der Makroökonomie, Heft 1, 26–38

Egziabher, Tewolde Berhan Gebre (2002): Bedrohte Ernährungssouveränität, internationales Recht und Farmers Rights in Afrika, in: Christoph Görg/Ulrich Brand (Hrsg.): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“, Münster

Empacher, Claudia/Hayn, Doris (2001): Sind Frauen besser? In: politische ökologie 70, 37–39

Fritz, Thomas/Christoph Scherrer (2002): GATS. Zu wessen Diensten? Hamburg

Folbre, Nancy (1994): Who Pays for the Kids? Gender and the Structure of Constraint, London/New York

Dies., (2001): The Invisible Heart: Economics and Family Values, New York

Gibson/Graham, J.K. (1996): The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy, Cambridge

Dies. (2002): Beyond Global vs.Local: Economic Politics outside the Binary Frame

Gilligan, Carol (1984): Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München

Grawert, Elke (1998): Der „Livelihood Approach“. Eine Analysemethode für komplexe ökonomische Absicherungsformen, dargestellt am Beispiel Westsudan, in: Peripherie 69/70, 67–88

Grown, Caren/Sebstad, Jennifer (1989): To a Wider Perspective on Women’s Employment, in: World Development 17 (7),)37–952

Harcourt, Wendy (ed.) (1994): Feminist Perspectives on Sustainable Development, London/New Jersey

Heinrich Böll Stiftung (2002): Das Jo’burg-Memo, Berlin

Held, David (1995): Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance, London

Henderzon, Hazel (1984/5): Post/Economic Policies for Post-Industrial Societies. ReVISION, Vol.7. No 2

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam

Hoering, Uwe/ Wichterich, Christa (1999): Local Governance – oder Vorwärts. Zurück zu Gandhi, in: Peripherie 76, 49–69

Hoering, Uwe (2001): Privatisierung im Wassersektor. Entwicklungshilfe für transnationale Wasserkonzerne – Lösung der globalen Wasserkrise? Bonn

Hoppe, Hella (2002): Feministische Ökonomik. Gender in Wirtschaftstheorien und ihren Methoden, Berlin

Hübener, Karl-Ludolf (2002): Supermarkt versus Kleinhandel, in: Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Model für direkte Demokratie, Servicesstelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn

Iz3w (2003): Informelle Ökonomie, Heft 267

IMO (2000): World Migration Report 2000, Geneva

Jackson, Cecile (1993): Environmentalism and Gender Interests in the Third World, in: Development and Change 4, 649–677

Joekes, Susan (1982): Female-led Industrialisation: Women‘s Jobs in Third World Export Manufacturing, Brighton

Kuppe, Rene (2002): Indigene V;lker, Ressourcen und traditionelles Wissen, in: Ulrich Brand/Monika Kalcsics (Hrsg.): Wem gehört die Natur? Konflikte um genetische Ressourcen in Lateinamerika, Frankfurt, 112–134

Lachenmann, Gudrun (1997): Selbstorganisation sozialer Sicherheit von Frauen in Entwicklungsländern, in: Braig, Marianne/Ursula Ferdinand/Martha Zapata (Hrsg.): Begegnungen und Einmischungen, Stuttgart, 395–417

Dies. (2001): Die geschlechtsspezifische Konstruktion vom Umwelt in der Entwicklungspolitik, in: Nebelung u.a., 247–269

Leach, Melissa (1991): Engendered Environments: Understanding natural Resource Management in the West African Forest Zone, in: IDS Bulletin 22,4, 17–24

Leach, Melissa/ Joekes, Susan/ Green, Cathy (1995): Editorial: Gender Relations and Environmental Change, in: Joekes/Leach/Green (eds.), IDS Bulletin 26,1, 1–8

Lin, Lin Lean/Oishi, Nana (1996): International Migration of Asian Women: distinctive Characteristics and Policy Concerns, Geneva

Marchand, Marianne/Anne Sisson Runyan (eds.) (2001): Gender and Global Restructuring: Sightings, Sites, and Resistances, New York

Mertens, Heide (2001): Das Ganze der Arbeit. Bedürfnisorientiertes Wirtschaften im lokalen Umfeld, Köln

Mies, Maria/Shiva, Vandana (1995): Ökofeminismus, Zürich

Molyneux, Maxine/Shahra Razavi (2003): Gender Justice, Development and Rights, UNRISD, Geneva

Musiolek, Bettina (1997): Nicht nur sauber, sondern fair – Die unsichtbaren Flecken auf unserer Kleidung, in: Musiolek, Bettina (Hrsg.): Ich bin chic, und Du mußt schuften. Frauenarbeit für den globalen Modemarkt, Frankfurt, 16–34

Dies. (1999): Die Debatte um Verhaltenskodices und unabhängiges monitoring: eine kritische Zwischenbilanz, in: Musiolek, Bettina (Hrsg.): Gezähmte Modemultis. Verhaltenskodizes: ein Modell zur Durchsetzung von Arbeitsrechten? Eine kritische Bilanz, Frankfurt, 146–177

Mutter, Theo/Jochen Töpfer/Christa Wichterich (2002): Ökologie und Nachhaltigkeit. Eine Querschnittsstudie über Projekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland, Berlin

Navarro, Ricardo (2003): Politik braucht Bewegung – Bewegung macht Politik, in:

Bello, Walden/Bullard, Nicola/Sachs, Wolfgang/Shiva, Vandana: Die Umwelt in der Globalisierungsfalle, Hamburg, 131–137

Nebelung, Andreas/ Angelika Proferl/ Irmgard Schultz (Hrsg.) (2001): Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie, Opladen

Notz, Gisela (1998): Die neuen Freiwilligen, Neu-Ulm

Pesticide Action Network (PAN) Asia and the Pacific (2002): Empty Promises… Empty Stomachs. Impact of the Agreement on Agriculture and Trade Liberalisation on Food Security, Penang

Parrena, Rhacel Salzar (2001): Servants of Globalisation. Women, Migration and Domestic Work, Stanford

Pietilä, Hilkka (1998): How the Cake is Cut: Production and Economic Well-Being, Brussels

Palmer, Ingrid (1994): Social and Gender Issues in Macro-Economic Policy Advice, Eschborn

Polanyi, Karl (1978), Die große Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt

Preisendörfer, Peter (2001): Der Umweltengel ist weiblich, in: politische Ökologie 70, 35–37

Ribeiro, Silvia (2002): Biopiraterie und geistiges Eigentum. Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen, in: Christoph Görg/Ulrich Brand (Hrsg.): Mythen globalen Umweltmanagements, Münster, 118–137

Röhr, Ulrike (2001): Der Strom der Geschlechter, in: politische ökologie 70, 57-60

Rodenberg, Birte (2001): Positionen und Perspektiven im Handlungsfeld feministischer Ökologiepolitik seit UNCED 1992: Die Selbstorganisationsprozesse internationaler Frauen-Umwelt-Bewegungen, in: Nebelung u.a., a.a.O., 287–305

Roy, Indrajit (2003): Development and its Discontents: Civil society as the new lexicon, in: Development, Vol 46, No 1, 80–88

Sachs, Carolyn (1996): Gendered Fields, Boulder

Sauer, Birgit (1998): Globalisierung oder das Ende des maskulinistischen Wohlfahrtskompromisses? In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 47/48, Köln, 29–47

Dies. (2003): „Gender makes the world go round“. Globale Restrukturierung und Geschlecht, in: Scharenberg, Albert/Oliver Schmidtke (Hrsg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster, 98–127

Sassen, Saskia (1998): Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft, in: Prokla 111, 199–217

Schneider, Katrin (2000): Feministische Ansätze in der Ökonomie, in: Peripherie 77/78, 28–25

Schuler, Margaret (Hrsg.) (1995): From Basic Needs to Basic Rights> Women's Claim to Human Rights, Washington

Schultz, Irmgard (Hg.) (1993): GlobalHaushalt. Globalisierung von Stoffströmen – Feminisierung der Verantwortung, Frankfurt

Dies. (1994): Das Frauen / Müll-Syndrom. Überlegungen in Richtung einer Feministischen Umweltforschung. In: Buchen, Judith u.a. (Hg.): Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Feministische Perspektiven. Bielefeld, 152–167

Schultz, Irmgard/Ines Weller (Hg.)(1995): Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen, Frankfurt

Shiva, Vandana (2002): Export at any Cost: Oxfam's Free Trade Recipe for the Third World, in: Seatini Bulletin, Vol.5, No 10, 8–12

Stiefel, Elisabeth (2002): Stadt der Männer? Stadt der Frauen – Stadt für alle. Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier 60, Düsseldorf

The World Bank (1979): Recognizing the „invisible“ Women in Development, The World Bank Experience, Washington

Dies. (1995): Toward Gender Equality, Washington

Dies. (2001): Engendering Development: Through Gender Equality in Rights, Resources, and Voice. Oxford

UNIFEM (2000): Progress of the World's Women 2000, New York

Vavrus, Frances (2002): Constructing Consensus: the Feminist Modern und the Re-construction of Gender, Current Issues in Comparative Education 5, columbia University

Wacker, Corinne (2002): Frauenorganisationen managen die Wasserversorgung, in: NRO Frauen Forum: Nachhaltigkeit – Geschlechtergerechtigkeit – Umwelt. Zwischen Überlebenssicherung und Mainstreaming, Tagungsdokumentation, Bonn, 74 ff.

Wandel, Alexandra/Daniel Mittler (2003): Die WTO im Dienste der Konzerne – Beispiele und Alternativen, in: Bello, Walden/Bullard, Nicola/Sachs, Wolfgang/Shiva, Vandana: Die Umwelt in der Globalisierungsfalle, Hamburg, 138–147

WECF (Women in Europe for a Common Future) (1999): Sustainable Waterforthe Aral Sea Area, Utrecht

Weltbank (2002): Weltentwicklungsbericht 2002. Institutionen für Märkte schaffen. Bonn

Wichterich, Christa (1988): Überlebenspragmatikerinnen – ein Bein in der Subsistenz-, das andere in der Warenproduktion, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 23, 9–21

Dies. (1998): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek

Dies. (2000): Gender matters, in: Peripherie 77/78, 51–75

Dies. (2002): Sichere Lebensgrundlagen statt effizienterer Naturbeherrschung – Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht, in: Christoph Görg/Ulrich Brand (Hrsg.): Mythen globalen Umweltmanagements, Münster, 72–92

Dies. (2003): Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, Hamburg

WEED (2003): Die letzte Grenze. GATS: Die Dienleistungsverhandlungen in der WTO. Sachstand, Probleme, Alternativen, Berlin

Winterfeld, Uta v./Wächter, Monika/Weber, Ivana/ Katz, Christine (2001): Jenseits von Natur, Herrschaft und Geschlecht? In: politische ökologie 70, 48–53

Young, Brigitte (1998): Genderregime und Staat in der globalen Netzwerkökonomie, in: Prokla 111, 175–199